

Der tadschikische Bürgerkrieg: lokale Tragödie oder geopolitische Herausforderung?

Borcke, Astrid von

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Borcke, A. v. (1995). *Der tadschikische Bürgerkrieg: lokale Tragödie oder geopolitische Herausforderung?* (Berichte / BIOst, 19-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41786>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung

.....
4

Eine rein lokale Tragödie?

.....
8

Die tadschikische Krise und das Aufkommen der Opposition

.....
10

Nabijews Rolle und die Volksfront

.....
11

Der Partisanenkrieg an der Grenze

.....
16

Versuche einer Konfliktregelung

.....
17

Die Wahl des Präsidenten: Relative Stabilisierung und ungelöste Probleme

.....
19

Schlußbetrachtung: Ein Wendepunkt

.....
23

Exkurs: Die Suche nach einer neuen Präventivpolitik

.....
26

Summary

.....
29

1. März 1995

Astrid von Borcke

Der tadschikische Bürgerkrieg: Lokale Tragödie oder geopolitische Herausforderung?

Bericht des BIOst Nr. 19/1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

Der Bürgerkrieg in Tadschikistan 1992 hat im Westen relativ wenig Aufmerksamkeit erregt. Nach dem Ende der Supermachtkonfrontation sind derartige Konflikte zu scheinbar rein regionalen oder auch nur lokalen Ereignissen herabgesunken, allenfalls von humanitärem, nicht aber von geopolitischem Interesse.

Doch angesichts einer bedenklichen Zunahme der Zahl und des Ausmaßes von Bürgerkriegen in der Welt nach dem Kalten Krieg muß man damit rechnen, daß sie nur zu bald auch Gefahren für die Stabilität des internationalen politischen und wirtschaftlichen Systems mit sich bringen werden. Der wohlhabende und stabile "Norden" wird sich auf die Dauer nicht von einem turbulenten "Süden" abschotten können. Diese Welten überschneiden sich, am augenscheinlichsten im Raum der ehemaligen Sowjetunion. Das scheinbar so ferne Tadschikistan verdient also doch ein Mindestmaß an Aufmerksamkeit.

Die Quellen für diesen Bericht sind vor allem Meldungen der internationalen und speziell der russischen Presse; darüber hinaus wurden im Westen publizierte Materialien benutzt.

Ergebnisse

Der tadschikische Bürgerkrieg, der im Mai 1992 begann - unmittelbar im Anschluß an den Einmarsch der Mudschahedin in Kabul im April jenes Jahres - wurde seitens der zentralasiatischen Staatschefs sowie von russischen Militärführern geradezu als Teil einer globalen Offensive des islamischen Fundamentalismus hingestellt, als Manifestation einer "geopolitischen Revolution". Das enthielt zwar eine gute Dosis Propaganda, doch richtig war zumindest die militärische Einschätzung, daß in der Zeit nach dem "Kalten Krieg" neue Kriege vor allem "im Süden" drohen.

Die eigentlichen Ursachen des tadschikischen Bürgerkriegs - ein Kampf regionaler Eliten um die Vormacht - waren vor allem interner Natur: eine tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Krise. Nachdem das weiterreichenden politischen Reformen abgeneigte Regime der Nomenklatura von Leninabad-Chodschand Ende der achtziger Jahre die Sprachen- und Religionspolitik als "Sicherheitsventil" für die öffentliche Meinung freigegeben hatte, waren dem tadschikischen Nationalismus Tür und Tor geöffnet worden. Mit Rastochis ("Auferstehung") - einer demokratischen Bewegung nach dem Muster (und unter Mitwirkung) der damaligen Volksfronten - begann sich 1989 die politische Opposition zu formieren. Im Oktober 1990 wurde auch die Islamische Partei der Wiedergeburt in Tadschikistan legalisiert: Tadschikistan war das einzige Land im Bereich der

ehemaligen Sowjetunion, wo das der Fall war. Diese Partei zeigte erhebliches Mobilisierungspotential.

Seit dem Herbst 1991 wurde die politische Lage immer angespannter. Die Intrigen Rachmon Nabijews, des Ex-Partei- und (seit November 1991) Staatschefs - er versuchte gezielt, regionale Klientelverhältnisse und ihm persönlich ergebene Milizen zur Absicherung seiner Macht einzusetzen - spielten eine entscheidende Rolle bei der Auslösung des Bürgerkriegs. Dieser begann im Frühjahr 1992 damit, daß Nabijew unter dem Druck von Dauerdemonstrationen in Duschanbe eine "Volksfront" proklamierte und Waffen an seine Anhänger verteilte.

Allerdings wurde zunächst unter der Ägide des Oberhauptes der tadschikischen Muslime, des umsichtigen Hadschi Akbar Turadschonzoda, sowie der russischen Militärführung ein Kompromiß mit der demokratisch-islamischen Opposition ausgehandelt: eine Koalitionsregierung, in der entscheidende Ministerien an die Opposition gingen, Nabijew aber mit Blick auf die Wahrung der Einheit des Landes pro forma im Amt blieb. Standen doch hinter ihm die mächtige Nomenklatura von Chodschand, ihre Klientel in der Provinz Kuljab sowie die Mehrzahl der Usbeken (ca. ein Fünftel aller Wähler). Die Sezession der nördlichen Stadt hätte den Verlust von ca. 40 Prozent der Bevölkerung und 70 Prozent der industriellen Produktion des Landes bedeutet.

Doch schon im Sommer 1992 begannen Kämpfe im Süden des Landes. Entgegen dem Abkommen vom Mai 1992 hatte die Kuljabi Miliz unter Sangak Safarow - einem Vertreter der "Elite" des GULAG und der örtlichen kriminellen Welt - nie ihre Waffen abgegeben. Die Opposition bewaffnete sich ebenfalls. Nabijew und die ihn stützenden Kräfte hatten sich mit dem Koalitionsregime und einer Teilung der Macht grundsätzlich nicht abfinden können.

Im September befriedete die russische 201. Division Kurgan-Tjube, die Hochburg der Opposition. Im November wurde Emomali Rachmonow, einer der Kuljabi-Feldkommandanten der ersten Stunde und enger Vertrauter von Sangak Safarow, auf einer Versöhnungssitzung des Obersten Sowjet in Chodschand zum neuen Staatsoberhaupt gewählt. (Das Amt eines Präsidenten wurde durch den Posten des Vorsitzenden des Obersten Sowjet ersetzt.)

Doch die Kämpfe dauerten an. Im Dezember zog die Volksfront unter entscheidender Beteiligung usbekischer Kräfte in Duschanbe ein. Es folgten Massenrepressionen nach rein regionalen Kriterien, die offenbar in erheblichem Maß "von unten" ausgingen. Die Zahl der Opfer wird auf zwischen 20.000 (die offizielle Ziffer) und einer halben Million (laut Vertretern humanitärer Organisationen vor Ort) geschätzt. Etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung von 5,6 Millionen wurde zu Flüchtlingen.

In Afghanistan rekrutierten die Mudschahedin unter den Flüchtlingen die kampffähigen Männer für den Partisanenkrieg. Seit März 1993 wurden Zwischenfälle an der afghanisch-tadschikischen Grenze gemeldet. Der spektakulärste ereignete sich am 13. Juli 1993. Er brachte Rußland zeitweilig an den Rand eines neuen Afghanistankriegs. Doch bald setzte sich das russische Außenministerium dafür ein, daß Duschanbe den Ausgleich mit dem Widerstand suchen solle.

Nach mühsamen Verhandlungen in Teheran und Islamabad wurde schließlich am 21. Oktober 1994 in Islamabad ein befristetes Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Das russische Militär und der

russische Grenzschutz - die der Diplomatie des Außenministeriums mit unverkennbarer Skepsis gegenüberstehen - behaupteten immer wieder, die Opposition hielte sich nicht an das Abkommen. Doch in Wirklichkeit scheint es zumindest eine ziemlich weitgehende Stabilisierung gegeben zu haben, auch wenn einige russische Grenzsoldaten ihr Leben ließen. UNO-Beobachter bestätigten bei weitem nicht alle die weitreichenden Klagen des russischen Militärs.

Die Wahl Emomali Rachmonows zum neuen Präsidenten im November 1994 bedeutete eine gewisse Stabilisierung. Das Land hatte wenigstens eine mehr oder minder "demokratisch" legitimierte und im In- und Ausland anerkannte Regierung. Jedoch war keines der Grundprobleme, die zum Bürgerkrieg geführt hatten, gelöst worden.

Der tadschikische Bürgerkrieg war für alle betroffenen Staaten eine Wende. Er trug wesentlich dazu bei, die russischen Eliten ihre geopolitische Rolle überdenken zu lassen. Während das Außenministerium unbedingt vermeiden wollte, daß Rußland zum Gendarmen Tadschikistans würde - schon weil man einen wachsenden militärischen Einfluß auf die russische Innenpolitik fürchtet -, arbeitete die Militärführung unter Pawel Gratschow darauf hin, aus der Republik ihr de facto Protektorat zu machen. Das löste wiederum im Parlament erhebliche Bedenken aus.

Den zentralasiatischen Staatschefs, allen voran Islam Karimow, - Usbekistan fühlte sich am unmittelbarsten bedroht - diente der Bürgerkrieg als Anlaß und Legitimierung für eine zunehmend autoritäre Politik. Ihre Argumentation: Die zentralasiatischen Gesellschaften seien für die Demokratie noch nicht reif. Allerdings konnte dagegen geltend gemacht werden, daß es eben das Fehlen demokratischer Konfliktregelungsmechanismen gewesen war, was - bei akutem Versagen der politischen Führung - überhaupt erst zum Bürgerkrieg geführt hatte.

Die scheinbar totgeborene GUS erhielt durch den Bürgerkrieg zunächst einmal ersten Auftrieb, insbesondere in Form von Bestrebungen zugunsten verstärkter militärischer Kooperation.

Die Zukunft von Tadschikistan selbst wirkt noch sehr ungewiß. Rachmonow, der sich auf russische Unterstützung und seine eigenen Sicherheitsstrukturen stützt, kann womöglich seine Macht konsolidieren; ebenso gut mag er eine bloße Übergangsfigur bleiben. Die ungelösten Grundprobleme wurden durch den Bürgerkrieg sogar noch verschärft: Regionalismus, ethnische Spannungen, katastrophaler Niedergang der Wirtschaft und bis 1994 sogar drohende Hungerunruhen. Dazu kamen, bedingt durch die Kämpfe, eine Unmenge von Waffen im Land, Bandenunwesen, bedrohliche Kriminalität, mangelnde Regierbarkeit, ja Anarchie.

Dennoch gibt es auch Hoffnungen und sogar hochfliegende: So träumt man in der Region von einer Art Renaissance der historischen "Seidenstraße" in Form einer neuen transkontinentalen Straßenverbindung (sowie Ausbau des Verkehrsnetzes unter den Republiken und nach Süden), womit Tadschikistan Aussichten hätte, wieder zu jener "Drehscheibe" der Region zu werden, die es historisch einmal gewiesen ist: zwischen Asien und Europa, Rußland und dem südasiatischen Subkontinent. Bei einer solchen Entwicklung könnte sich das Land auch selbst konsolidieren.

Für den Westen und die internationale Gemeinschaft insgesamt stellt sich angesichts solcher Bürgerkriege wie in Tadschikistan die Frage: Wie soll man künftig hierauf reagieren? Es mangelt der Staatengemeinschaft an einem wirksamen Instrumentarium, ja sogar an Konzepten. Weder der

Interventionismus noch der "Abstentionismus" sind an sich aussichtsreiche Reaktionen. Was bleibt sind Ansätze einer sich neu herausbildenden Präventivpolitik: kooperative Diplomatie der konstruktiven Einflußnahme, peace-keeping und ggf. sogar peace-making. Inzwischen wird das sogar zusehends in der "Dritten Welt" gefordert.

Das russische Außenministerium versuchte sich mit Ansätzen einer solchen Präventivdiplomatie, in Form von Einbeziehung der Anrainermächte in das Krisen-Management, Verhandlungen unter UNO-Ägide, UNO-Beobachtern an der afghanisch-tadschikischen Grenze, Proklamation einer "safe zone" im Krisengebiet Garm. Dies ist ein Teilerfolg gewesen. Zumindest hat das von manchen Beobachtern (wie Boris Gromow, dem letzten Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in Afghanistan) befürchtete "zweite Afghanistan" in Tadschikistan noch nicht stattgefunden.

Doch vor allem zeigte der Bürgerkrieg in Tadschikistan - eine menschliche Tragödie, die die damaligen Geschehnisse in Bosnien übertroffen haben könnte -, wohin es führt, wenn es an rechtzeitig eingesetzten Präventivstrategien fehlt. Läßt man den Dingen ihren Lauf, wird es in der Welt nach dem Kalten Krieg wahrscheinlich sogar noch verstärkt zu derartigen Konflikten kommen. Extremistische Minderheiten wie die islamischen Fundamentalisten aber haben eine echte historische Chance nur vor dem Hintergrund tiefgreifender Krisen und Anomie.

Die Entwicklung neuer Methoden der Früherkennung, Krisenverhinderung oder doch wenigstens des Krisen-Management bei derartigen internen Konflikten dürften die eigentliche große Herausforderung an eine neue Weltordnungspolitik in der Zeit nach dem Kalten Krieg sein.

Eine rein lokale Tragödie?

Der Bürgerkrieg in Tadschikistan 1992 und seine Folgen haben im Westen relativ wenig Aufmerksamkeit erregt. Nach dem Ende der Supermachtkonfrontation wurden derartige Konflikte zu scheinbar rein regionalen oder gar lokalen Ereignissen, allenfalls von humanitärem, aber keineswegs von geopolitischem Interesse. Doch angesichts einer bedenklichen Zunahme von Bürgerkriegen in der Welt nach dem Kalten Krieg muß man wohl nur zu bald auch mit Gefahren für die Stabilität des herkömmlichen internationalen Staaten- und Wirtschaftssystems rechnen.¹ Der wohlhabende und stabile "Norden" wird sich auf die Dauer nicht gegen einen turbulenten "Süden" abschotten können: "Diese Welten überschneiden sich, am augenscheinlichsten in der ehemaligen Sowjetunion, wo das Schicksal Rußlands und seiner Nachbarn schwer wiegen könnte im Gleichgewicht der Kräfte zwischen Nord und Süd."²

Der Konflikt wurde von engagierter Seite³ geradezu als Teil einer globalen Offensive des islamischen Fundamentalismus hingestellt. Ende April 1992 waren im benachbarten Afghanistan die Mudschahedin unter ihrem bedeutendsten Feldkommandanten, Ahmad Schah Mas'ud, einem Tadschiken, in Kabul eingezogen. So wurde geltend gemacht, Tadschikistan sei womöglich der "Domino", der die ganze Region zum Einsturz bringen könnte, und dann würde die Woge des Fundamentalismus und der Anarchie auch nicht vor Rußland, ja nicht einmal vor den Toren Moskaus halt machen.⁴ Bereits 1992, so warnte ein militärischer Fachmann, gab es in der russischen Hauptstadt mehrere hundert semilegale und illegale islamische extremistische Parteien und Gruppen.⁵

Am besorgtesten war der usbekische Staatschef Islam Karimow. Er nannte Tadschikistan eine po-

¹ John Stremlau, Antidote to Anarchy, in: The Washington Quarterly, autumn 1993, S. 37.

Siehe auch den dramatischen Bericht von Robert R. Kaplan, The Coming Anarchy, in: The Atlantic Monthly, Febr. 1994, S. 44-76, der von den Entwicklungen in Westafrika ausgeht: "Africa suggests what war, borders, and ethnic politics will be like a few decades hence.

To understand the events of the next fifty years, then, one must understand environmental scarcity, cultural and racial clash, geographic destiny, and the transformation of war."

² Shahram Chubin, The South and the New World Order, in: The Washington Quarterly, autumn 1993, S. 91.

Dabei wird damit gerechnet, daß Ende der neunziger Jahre acht Staaten des Südens in der Lage sein werden, Nuklearwaffen herzustellen, sechs werden eine Interkontinentalkapazität besitzen und ca. 50 Prozent chemische und biologische Waffen. (a.a.O., S. 96).

³ Die zentralasiatischen Partei- und Staatschefs hatten zunächst geglaubt, daß der Islam aufgrund seiner autoritären Traditionen eine sehr viel geringere Bedrohung für ihre Regime wäre als westlich-liberale Ideen. Doch mit dem tatsächlichen Hervortreten einer organisierten islamischen Bewegung änderte sich ihre Einstellung schlagartig. Das Gorbatschow-Regime sagte dem Islam im eigenen Herrschaftsbereich 1986 den Krieg an (siehe v. Borcke, Unsichtbare Weltmacht KGB. Neuhausen-Stuttgart 1989. S. 264ff).

⁴ So warnte Nabijew kurz vor seiner Absetzung im September 1992: Würde er von den "Fundamentalisten" gestürzt, entstünde damit "eine Bedrohung für alle Nachbarstaaten und andere" (Muriel Atkin, The Politics of Polarization in Tajikistan, in: Hafeez Malik, ed., Central Asia. Its Strategic Importance and Future Prospects. New York 1994, S. 212); ebenso der (russische) Verteidigungsminister Tadschikistans, Aleksandr Schischljannikow (ITAR-TASS, 17.7.1993; RL/RFE Research Report, 28.3.1993, S. 23), der sein Amt 1992 auf persönliche Empfehlung des usbekischen Staatschefs Islam Karimow angetreten hatte.

⁵ In Moskau hatten Hesbollah, der Islamische Dschihad und diverse Ableger der Moslembruderschaft ihre Vertretungen (Oberst S. Peërov, KZ, 21.4.1992).

tentielle "Zeitbombe". Das sei vor allem auf den Einfluß der Vorgänge in Afghanistan zurückzuführen. Denn inzwischen habe die tadschikisch-afghanische Grenze praktisch zu bestehen aufgehört, und über sie strömten Waffen und Drogen herein. Die Fundamentalisten mit angeblich über 15.000 Kämpfern hätten faktisch die Macht in Händen.¹ "Wenn der Prozeß nicht aufgehalten wird, kann der gesamte Nahe Osten zur explosiven Region werden."² In der Tat sagten die meisten politischen Beobachter im Frühjahr 1992 voraus, Usbekistan würde bis Ende 1993 ebenfalls eine islamische Revolution erleben.³

Islamische Revolutionen, so wurde gewarnt, seien keine Klassen-, sondern geopolitische Revolutionen.⁴ Ihr Ziel sei die "Neuaufteilung" der Welt.⁵ In Wirklichkeit waren die Ursachen des Bürgerkriegs in Tadschikistan allerdings sehr viel spezifischer und komplexer. Diese Revolution war nicht einfach ein Import von außen. Mas'ud selbst erklärte zur Rolle Afghanistans und speziell seiner Dscham'ijat-e eslami ("Islamische Gesellschaft"): "Die Befreiung Afghanistans gab allen ein neues Selbstbewußtsein." Aber seine Bewegung habe in Tadschikistan keine Zellen unterhalten, schon weil ihr die Ressourcen dazu fehlten.⁶ Doch russische (und amerikanische) Militärs haben gute Gründe, wenn sie inzwischen die Möglichkeit neuer Kriege vor allem "im Süden" sehen.⁷ Inzwischen hat auch die NATO den islamischen Extremismus zu einer neuen Hauptbedrohung deklariert.

In Rußland wurde noch dazu das Schicksal der Russen im "nahen Ausland" zum brisanten Politikum. Es war klar, daß sich Moskaus Einstellung zu dem Konflikt - Abwarten, Disengagement oder Intervention in Form von peace-keeping oder gar peace-making, ja womöglich mit neo-imperialen Ambitionen - unweigerlich auch auf die weitere innere Entwicklung von Rußland selbst auswirken mußte: Die imperiale Tradition und die Demokratie, ja die Moderne, sind schwerlich vereinbar. Andererseits machte die Militärführung Jelzin gegenüber geltend: Ein bloßer Abzug aus Tadschikistan würde ein landesweites Massaker auslösen, und am Ende gebe es "weder eine

¹ Interview mit Libération, 9.9.1992.

² MP, 22.8.1992.

³ I. Rotar', NG, 23.1.1993.

⁴ Kuranty, 15.5.1992.

⁵ Dieses Stichwort stammt von einem Treffen der zentralasiatischen Staatschefs mit Jelzin (NG, 10.8.1993). Analog u.a. eine gemeinsame Studie des indischen Institute for Defense Studies and Analyses und des Moskauer Instituts für Orientforschung (IHT, 22.9.1993).

Westeuropäische Spezialisten neigen zu einer weniger dramatischen Sicht. So meinte der bekannte Afghanistan-Spezialist und inzwischen Leiter der KSZE-Mission in Tadschikistan, Olivier Roy: Der islamische Fundamentalismus sei kein entscheidender geostrategischer Faktor. Zehn Jahre seit Beginn des islamischen Aktivismus im Nahen Osten habe der Westen wohl noch nie so klar die Lage beherrscht wie heute (FHA, 24.10.1994).

Doch in dieser Einschätzung scheint sich noch die Stimmung nach dem spektakulären "Desert Storm" zu spiegeln. Angesichts der Entwicklungen in Algerien, Ägypten, im Kaukasus und sogar in der bislang kemalistisch-säkularen Türkei kann man dieser Bewegung durchaus noch erhebliche Stoßkraft zutrauen (vgl. L. Polonskja, Sovremennij musul'manskij fundamentalizm: Političeskij tupik ili al'ternativa razvitija, in Azija i Afrika, 11/1994).

⁶ Sandy Gall, An Interview with Commander Ahmed Shah Masud, Former Minister of Defence, at His Base in Jebal Seraj, North of Kabul, on June 28, 1993, in: Asian Affairs, June 1994, S. 145.

⁷ So meinte Oberst S. Peëorov: Vom Standpunkt der geostrategischen Lage Rußlands könnte ein um sich greifender islamischer Extremismus im Süden militärische Gefahr unmittelbar an den Grenzen der Russischen Föderation bedeuten. Man müßte mit der Bildung islamischer, anti-russisch orientierter Koalitionen rechnen, deren militärisches Potential, zumindest quantitativ, dem der NATO nicht nachstehen würde (KZ, 21.4.1992).

Republik noch eine Nation" Tadschikistan mehr.¹

Die tadschikische Krise und das Aufkommen der Opposition

Die eigentlichen Ursachen des tadschikischen Bürgerkriegs² waren interner Natur: Machtkämpfe regionaler "Eliten" vor dem Hintergrund einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Krise.

Tadschikistan war mit einem durchschnittlichen Lebensstandard von nur 57 Prozent des Allunionniveaus die ärmste aller Sowjetrepubliken gewesen. Seit Jahrzehnten hatte sich zunehmende Land- und Wasserknappheit fühlbar gemacht. Denn in weniger als 100 Jahren hatte sich die Bevölkerung um das Zehn- bis Zwölfwache vermehrt.³ Tadschikistan ist in bezug auf Bevölkerungswachstum Weltspitzenklasse gewesen. Landwirtschaftlich bebaubar sind bloße 19 Prozent des "senkrechten" (Gebirgs-) Lands. Dabei ist die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, wo es inzwischen 26 Prozent Arbeitslose gab. Das Zerbrechen der alten wirtschaftlichen Verbindungen mit dem Ende der Sowjetunion 1991 trieb die Krise auf die Spitze.

Die Strategie des politisch nicht reformbereiten tadschikischen Parteiregimes Ende der achtziger Jahre, im Zuge der neuen Glasnost die Frage der Sprachen- und Religionspolitik als "Sicherheitsventil" für die öffentliche Meinung freizugeben⁴, hatte dem tadschikischen, pan-iranisch orientierten Nationalismus Tür und Tor geöffnet: Mit Rastochis ("Wiederauferstehung", "Erwachen") wurde im September 1989 eine demokratische Front nach dem Vorbild (und mit Hilfe) der baltischen Volksfronten und russischen demokratischen Bewegung jener Zeit gebildet, die das nationale Bewußtsein des Volkes entwickeln wollte und die Demokratie, Wiederbelebung der iranischen Komponenten der tadschikischen Kultur, insbesondere die Wiedereinführung der persischen (arabischen) Schrift⁵, Tadschikisch als Staatssprache und Privatisierung der Wirtschaft sowie (nach dem November 1991) die Abschaffung des neuen Präsidialsystems forderte.⁶

Von Rastochis spaltete sich im August 1990 die Demokratische Partei Tadschikistans unter Shodmon Jusuf ab.⁷ Am 26. Oktober 1991 wurde auch die seit eineinhalb Jahrzehnten im Untergrund existierende Islamische Partei der Wiedergeburt (IPW) in Tadschikistan als einzigem Land im

¹ James Sherr, Escalation of the Tajikistan Conflict, in: Jane's Intelligence Review, Nov. 1993, S. 514.

² Ein exzellenter knapper Überblick über diese Geschehnisse, untermauert durch Interviews vor Ort, findet sich in: Human Rights Watch/Helsinki Watch, Pravozašëitnyj Centr "Memorial", Prava èeloveka v Tadžikistane. Posle sobytij graždanskoj vojny 1992 g. Moskva, 1994.

³ Walentin Buschkow, Tadschikistan vor dem Bürgerkrieg. Eine traditionelle Gesellschaft in der Krise. Berichte des BIOst 26, 1993, S. 6.

⁴ Bert Fagner, Ungewollt selbständig, in: Der Überblick 2/1992, S. 26-31.

⁵ Ende der zwanziger Jahre war zunächst die lateinische, 1940 eine Variante der kyrillischen Schrift eingeführt worden, um das Land von seinen historischen und islamischen Wurzeln sowie Beziehungen zum Nahen Osten abzuschneiden.

⁶ Siehe Shahrbanou Tadjbakhsh, The "Tajik Spring" of 1992, in: Central Asian Monitor, No. 2, 1993, S. 22.

⁷ Ziel der Partei war die Begründung einer bürgerlichen Gesellschaft. Jusuf warnte zugleich vor "bösen Supermächten", die versuchten, "uns unter dem Einfluß der Türkei, Amerikas und Rußlands" zu halten (Tadjbakhsh, a.a.O., S. 24). Da sich die Partei schwach fühlte, näherte sie sich der islamischen Bewegung an (Mavlon Makhamov, Islam and the Political Development of Tajikistan After 1985, in: Malik, ed., Central Asia (s. Anmerkung 4), S. 199).

Bereich der ehemaligen Sowjetunion legalisiert.¹ Diese gab sich zunächst moderat: Extremismus und Terrorismus lehnte sie ausdrücklich ab. Sie forderte auch nicht die umgehende Einführung der Schari'at, des islamischen religiösen Rechts, mochten ihre Führer auch längerfristig vom Gottesstaat träumen.² Im Bürgerkrieg radikalisierte sich die Partei und erklärte jene, die ihr nicht beitreten wollten, prompt für *kafir*, ungläubig.

Indem die IPW an traditionelle Kommunikations- und Sozialstrukturen anknüpfte, entwickelte sie ein erhebliches Mobilisierungspotential.³ Die Ziele der IPW, die auf die Wiedereinführung der alten islamischen Traditionen hinausliefen, fanden bei den in den Bergen lebenden, erzkonservativen Bauern - in Garm, Karategin, Kurgan-Tjube und Kuljab - ungleich mehr Anklang als die ihnen unverständlichen Parolen der wesentlich von westlich-"allgemeinmenschlichen" Werten inspirierten demokratischen Intelligenz.

Nabijews Rolle und die Volksfront

Erhebliche Schuld am Ausflammen des Bürgerkriegs trug Parteichef Rachmon Nabijew. 1985 unter Gorbatschow abgesetzt⁴, hatte sich Nabijew den islamischen Kräften angenähert.⁵ Bei den Präsidentenwahlen vom November 1991 gewann er noch 57 Prozent der Stimmen - in einer so autoritären und durch Klientelverhältnisse geprägten Gesellschaft wie der tadschikischen an sich sehr wenig. Kaum wieder im Amt, nahm er - obgleich er vorgab, nur einen kontrollierbaren Übergang zu einer neuen, pluralistischen Ordnung gewährleisten zu wollen - wieder das Gebaren eines kommunistischen Autokraten an. Bei seiner ersten Pressekonferenz nach der Wahl erschien er

¹ Nach ihrem Antrag ein Jahr zuvor war die IPW zunächst verboten worden.

Die islamische Untergrundbewegung war eine der ältesten Oppositionsbewegungen in der Sowjetunion. Um moslemische Staaten des Auslands nicht zu verprellen, ging der KGB gegen die jungen Mullahs in Tadschikistan relativ milde vor und schickte sie ins Exil aufs Land. Damit bewirkte er, daß sich die Bewegung um so effektiver verbreitete (Allen Hetmanek, Islamic Revolution and Jihad Come to the Former Soviet Central Asia: The Case of Tajikistan, in: Central Asian Survey, 12, 1993, S. 369).

U.a. soll der Iran die IPW finanziert haben, der behauptete, schließlich ihr Hauptgeldgeber geworden zu sein; einen erheblichen Beitrag leisteten auch afghanische Fundamentalisten, speziell die überwiegend tadschikische Dscham'ijat-e eslami (Ahmed Rashid, Clout of the Clergy, in: Far Eastern Economic Review, 9.1.1992, S. 18), die Partei Rabbanis und Mas'uds. Während die Allunions-IPW an die Ideen der Moslebrüder anknüpfte, gewann in Tadschikistan seit dem Ende der achtziger Jahre die alte, gemäßigte Sufi-Tradition (in Sowjetzeiten beinahe vollständig vernichtet) wieder die Oberhand.

Auch in Afghanistan tendierten die Tadschiken in der Opposition zu einer gemäßigten Orientierung, wie der Gegensatz zwischen den paschtunischen Ultras der Chalq ("Massen")-Fraktion - mit der Hekmatjar in Verbindung steht - und dem tadschikischen Partscham (Banner)-Flügel der kommunistischen Partei zeigte.

² In der Tat scheint es ein sehr viel weiterreichendes, geheimes Programm gegeben zu haben (Hetmanek, a.a.O.)

³ Die IPW, so wurde geschätzt, konnte bis zu einem Drittel der tadschikischen Wählerschaft mobilisieren (Khalid Duran, Out of the Afghan Rubble a Greater Tajikistan? Regional Repercussions of the Mujahidin Take-Over in Kabul, in: Vierteljahresberichte/Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert Stiftung, Bonn, Dezember 1992, S. 346). Doch allenfalls 10 Prozent der Bevölkerung der Republik standen wirklich hinter der IPW, vermutete das Rachmonow-Regime, was plausibel erscheint.

⁴ Er hatte begonnen, sich von Moskau zu emanzipieren und zunehmend im tadschikisch-nationalen Interesse zu regieren, behaupteten enge Mitarbeiter.

⁵ Es hieß, sogar der Erzfundamentalist Hekmatjar habe Nabijew materiell und mit Waffen unterstützt, einfach um seinen Rivalen Mas'ud zu schädigen (Aabha Dixit, Tajikistan: Engulfed by Flames of Afghan Civil War, in: Strategic Analyses (New Delhi), Dec. 1992, S. 877-878).

flankiert vom KGB-Chef, Innenminister und Generalstaatsanwalt der Republik.¹ Die kommunistische Partei, die im Anschluß an das klägliche Scheitern des Putschversuchs in Moskau vom August 1991 unter dem Druck der politischen Opposition von Präsident Kadriddin Aslonow am 21. September verboten worden war, wurde im Januar 1992 wieder registriert. Sie erhielt nicht nur ihren Besitz, sondern auch ihren alten Namen zurück, und das als einzige KP im Bereich der Ex-Sowjetunion.

Dabei drohte die Stimmung im Land gefährlich zu werden. Bereits die Unruhen vom Februar 1990, ausgelöst durch Gerüchte, daß Erdbebenopfer aus Armenien in Duschanbe knappe Wohnungen, auf die die Einheimischen selbst seit Jahrzehnten warteten, bekommen sollten², waren eine Warnung gewesen. Es war symptomatisch für die sich anbahnende Krise, daß in jenem Jahr Tadschikistan in bezug auf das Ausmaß der Migration an die zweite Stelle der GUS rückte (nach Aserbaidschan) und damals bereits um das Fünffache über dem Unionsniveau lag.³ Seit dem Herbst 1991 hatten die Spannungen dauernd zugenommen. Unmittelbar ausgelöst wurden die Unruhen vom Frühjahr 1992, die im Sommer in den Bürgerkrieg einmündeten, durch den Parlamentssprecher Safareli Kendschajew, einen Mann aus Chodschand (Leninabad), als er Innenminister Mammadaes Noudschuwanow, einen Pamiri, öffentlich der Korruption bezichtigte. Dieser mußte daraufhin - u.a. auch wegen angeblicher Überschreitung seiner Kompetenzen - den Dienst quittieren.⁴ Das provozierte jedoch dessen Landsleute, am 23. März 1992 auf dem Schohidon- (Märtyrer-) Platz mit Demonstrationen zu beginnen und den Rücktritt Kendschajews⁵ sowie Nabijews⁶ zu fordern. Dabei wurden Slogans aus der iranischen Revolution laut, wie "Amerika nein, Iran ja!" usw., und es ist vermutet worden, daß iranische Kulturberater - deren eigentliche Aufgabe es sein sollte, den Gegensatz zwischen iranischen Schi'iten und tadschikischen Sunniten zu überbrücken - womöglich eine Hintergrundrolle gespielt haben.⁷

Daraufhin begannen Anhänger Nabijews aus Kuljab unter Führung von Sangak Safarow im Namen der "verfassungsmäßigen" Ordnung auf dem Ozodi (Freiheits)-Platz eine von offizieller Seite

¹ Muriel Atkin, The Politics of Polarization in Tajikistan, in Malik, ed., Central Asia, S. 219.

² Die Kommunisten behaupteten, Mullahs hätten das Gerücht verbreitet, und sie beschuldigten Rastochis, einen erheblichen Teil der Studenten und Intelligenz auf die Straße gebracht zu haben (G. Starënkov und Machkamov, Tadžikskaja tragedija: Final ili antrakt, in: Azija i Afrika 11/1993, S. 27). Die Führer von Rastochis wurden in der Tat von den Demonstranten vor dem Hauptquartier der KP gewählt, um ihre Forderungen vorzutragen, und sie traten mit Appellen auf. Doch später wurde Rastochis von der Beschuldigung, die Unruhen angestiftet zu haben, freigesprochen.

Es könnte jedoch regelrechte KGB-Provokation im Spiel gewesen sein, wie ein tadschikischer KGB-Major unter Verweis auf das Auftauchen der KGB-Spezialeinheit Alpha behauptete (NG, 7.3.1992).

³ 114 von 10.000 Menschen verließen das Land, von den Russen waren es sogar 953 von 10.000, also fast jeder zehnte. Bis 1992 waren dann etwa 70.000 Russen abgewandert, so daß die Zahl der Russen auf bloße 5,5 Prozent der Bevölkerung absank: Allein im Kaukasus waren sie noch geringer vertreten (NG, 9.6.1992).

⁴ Der wahre Grund war, daß Noudschuwanow, der noch im Februar 1990 nicht davor zurückgeschreckt war, hart durchzugreifen, sich im September 1991 kategorisch geweigert hatte, aufgrund mündlicher Anweisungen den Ausnahmezustand auszurufen.

⁵ Kendschajew trat nach einmonatigen Demonstrationen in Duschanbe am 22. April 1992 zurück. Doch Nabijew ernannte ihn umgehend zum Sicherheitschef, was als ungeheure Provokation empfunden wurde. Kendschajew hatte Nabijews Wahlkampagne geleitet, und der Ex-KP-Chef, als er zwischen diesem Mann und dem Bürgerkrieg wählen mußte, entschied sich für ersteren, einfach, so ist vermutet worden, weil Kendschajew zu viel über die näheren Umstände seines "Wahlsiegs" wußte (MN, 3.5.1992).

⁶ Nur zu bald wurde Nabijew von nahezu allen Seiten kritisiert (Komspr, 10.9.1992).

unterstützte Gegendemonstration. Am 5. Mai verkündete Nabijew, der seine Klientelbeziehungen einsetzte, um sich Privat-Milizen zu schaffen, die Bildung einer Volksfront und ließ durch den Sicherheitsdienst 1.700 Maschinengewehre an seine Anhänger verteilen. Zwei Tage später wurde der Präsidentenpalast von der Opposition gestürmt. Nabijew tauchte unter. Dank der Vermittlung des einflußreichen Qazi Turadschonzoda, des geistlichen Oberhauptes der tadschikischen Muslime¹, wurde jedoch noch einmal ein Kompromiß ausgehandelt und am 8. Mai die Bildung einer neuen Koalitionsregierung bekanntgegeben. Die Opposition hatte in ihr acht von 24 Sitzen, darunter die Schlüsselpositionen Äußeres, Sicherheit und Verteidigung sowie den Posten des Chefs des Fernseh- und Rundfunkausschusses. Nabijew blieb pro forma Präsident, denn Turadschonzoda wußte nur zu wohl, der Präsident war "Garant der territorialen Einheit" des Landes.² Sonst drohte die Sezession Chodschands und damit von ca. 40 Prozent³ der Gesamtbevölkerung sowie 70 Prozent der industriellen Produktion⁴ der Republik.

⁷ Hetmanek, a.a.O., S. 373. Allerdings gab sich das offizielle Teheran, das mehr an seiner künftigen Rolle in Gesamt-Zentralasien als nur in Tadschikistan interessiert war, sehr vorsichtig (Tajbakhsh, Causes, S. 11; Polonskaja, a.a.O., S. 26). Immerhin aber war der Iran eine Hauptquelle der religiösen Literatur, die ins Land strömte (Dixit, a.a.O., S. 878). Im Sommer 1992 erschienen neben afghanischen Mudschahedin auch iranische Mullahs in Duschambe (Starënkov und Machkamov, a.a.O., S. 29). Inoffiziell setzten sich iranische Kräfte in der Tat dafür ein, daß in Tadschikistan ein islamischer Staat und eine islamische Gesellschaft eingeführt würden. Da die Politik des Iran aufgrund rivalisierender Machtzentren keineswegs immer konsistent ist, ist es schwierig, das genaue Ausmaß der iranischen Einflüsse abzuschätzen.

¹ Qadikolon Hadschi Akbar Turadschonzoda (A. Kacharov), geboren 1950 in Garm, ist Sohn eines berühmten Sufi-Scheichs. Er genießt den Ruf eines gebildeten und modernen Mannes (Buschkow, a.a.O., S. 23). Seit 1988 war er Leiter der Geistlichen Verwaltung der tadschikischen Muslime. Zunächst (wie alle hohen religiösen Würdenträger im Sowjetregime) unter KGB-Ägide aufgestiegen, hatte er sich sofort verselbständigt, als ihm das möglich erschien (vgl. S. Shihab, M, 9.5.1992). Er hat immer wieder ausgleichend gewirkt.

Unter Turadschonzodas Ägide waren in Tadschikistan innerhalb von nur vier Jahren 128 Moscheen und über 2.000 Gebethäuser errichtet worden, wobei es sein Ziel war, den Fundamentalisten das Wasser abzugraben (FHA, 13.5.1992). Doch im Mai 1990 trafen Führer des offiziellen tadschikischen Islam anläßlich einer Nahost-Reise auch mit Hekmatjar zusammen, mit dem sogar ein Kooperationsabkommen getroffen wurde (Makhamov, Islam, S. 200; Azija i Afrika, 11/1993, S. 28). Im Herbst 1991 kämpfte Turadschonzoda dafür, die großen islamischen Feiertage zu Staatsfeiertagen zu machen. Als er mit diesem Anliegen keinen Erfolg hatte, näherte er sich den Fundamentalisten an.

Obleich er immer betont hatte, außerhalb der Politik zu stehen, machte er aus dem Qazijat geradezu seinen persönlichen politischen Stab (RG, 27.8.1993). In seiner Moschee trafen sich die Leiter der verschiedenen Oppositionsparteien, die ihn offenbar stets konsultierten, ehe sie handelten. Er selbst galt als der offiziöse Ideologe der IPW (Alain Gresh in: Le Monde diplomatique, Dez. 1992). In den Augen mancher war er "der wirkliche Hauptinspirator der Geschehnisse" von 1992: Rachmonow z.B. machte ihn höchstpersönlich für den Bürgerkrieg verantwortlich (Tajbakhsh, Causes, S. 11; Rossija, 21.-27.10.1992).

Jedenfalls hatte er eine vom Staat unabhängige politische Linie verfolgt, die in erster Linie auf die Abschaffung der Partokratie abzielte. In bezug auf die Islamisierung gab er sich moderat. Er war gegen die sofortige Einführung eines islamischen Regimes, schon weil es an den nötigen, qualifizierten Spezialisten fehle. Er verwies sogar (wie die politischen Führer der Region) auf die Türkei als Vorbild (ein Vorbild, das er später später ablehnte). So hatte er im Februar 1992 die Radikalen dazu gebracht, nicht mehr die Errichtung einer islamischen Republik, sondern einer islamischen Gesellschaft zu fordern (FHA, 13.5.1992). Er sprach sich für den parlamentarischen Rechtsstaat aus, denn im Augenblick brauche Tadschikistan den Frieden (Reinhard Eisener, Zum Bürgerkrieg in Tadschikistan, in: Osteuropa, 8, 1994, S. 786; MN, 30.8.1992). Hätte er im November 1991 seine Kandidatur aufrechterhalten, wäre er wahrscheinlich zum Präsidenten gewählt worden.

² Pr, 4.9.1992.

³ NG, 2.9.1994.

⁴ Koms pr, 10.9.1992.

Doch der Kompromiß erschien weder der mächtigen Nomenklatura in Chodschand - die alle Parteichefs seit den dreißiger Jahren, einschließlich Nabijew, gestellt hatte - noch deren Klienten in Kuljab¹ akzeptabel. Nicht zuletzt dürfte er von Nabijew unterlaufen worden sein, der offenbar ein Abkommen mit den kommunistischen Ultras aus Kuljab und Chodschand getroffen hatte.² Neben den Russen und vor allem der Garnison hatte Nabijew auch eine große Mehrheit der Usbeken auf seiner Seite.³

Bereits im Sommer griff die Gewalt auf die Provinz im Süden über. Die Kuljabi Milizen waren entgegen dem Abkommen vom 7. Mai 1992 gar nicht aufgelöst worden, und sie begannen, im Oblast Kuljab Vertreter der "Opposition" anzugreifen.⁴ Die "Opposition" versuchte ihrerseits, den Kuljabis die Versorgung abzuschneiden. Die Gewalt eskalierte, und besonders in Kurgan-Tjube, einer Hochburg der Garmis und Islamisten, gab es furchtbare Ausschreitungen.⁵ Am 7. September 1992⁶ wurde Nabijew auf dem Flughafen von Duschanbe kurz vor dem Abflug nach Chodschand mit vorgehaltenen Maschinengewehren von einer Frontorganisation der Opposition, der "Jugend Tadschikistans", zur Rücktrittserklärung gezwungen.⁷ Im gleichen Monat wurde Kurgan-Tjube durch die 201. Division "befriedet".

Bis zum November 1992 kontrollierte die Volksfront die wichtigsten Regionen des Landes. Am 11.

¹ Die Kuljabis spielten traditionell eine wichtige Rolle im Militär und Sicherheitsdienst.

² Keith Martin, Tajikistan: Civil War Without End? RFL/RL, Research Report, 20.8.1993, S. 20. Anlässlich des Zusammentritts des Obersten Sowjet in Chodschand im November 1992 brüstete sich Nabijew: "Diese Leute beraten sich auch heute mit mir" (NG, 20.11.1992).

³ Muchtar Adyl, in: Megalopolis kspress, 13.5.1992. Chodschand-Leninabad, seinerzeit Tadschikistan zugeschlagen, um die Republik wirtschaftlich tragfähig zu machen, ist als Teil des Fergana-Tals mehr mit Usbekistan als mit dem Süden des Landes verbunden, und die Klans von Chodschand und Usbekistan pflegten traditionell eng zusammenzuarbeiten. Die Hälfte der Bevölkerung der Stadt sind Usbeken. Von Nabijew selbst wurde gemunkelt, er sei in Wirklichkeit Usbeke. Die Gründe für diese usbekische Orientierung der Stadt beginnen bei der geographischen Lage: Mit dem Zug braucht man bloße drei Stunden bis Taschkent, dagegen 24 Stunden bis Duschanbe, und im Winter ist die Landverbindung mit dem Süden von zwei hohen Gebirgszügen abgeschnitten.

⁴ Helsinki Watch, S. 22.

⁵ Getötet wurde hemmungslos, und Gefangene wurden möglichst gar keine gemacht. Menschen wurden verstümmelt, skaliert, kastriert und mit ausgesuchten Foltermethoden umgebracht, wie z.B. durch Entfernung des Gehirns aus dem Schädel bei lebendigem Leib. Der Terror machte nicht vor Alten, Frauen und Säuglingen halt. Es schien, als seien "Professionelle" am Werk gewesen (Vadim Belych und Nikolaj Burbyga, Kurgan-Tjube, gorod mertvyh, in: Iz, 8.9.1992). Die Islamisten wurden von Instruktoren aus dem islamischen Ausland unterstützt, und sie hatten ihre Greuelthaten sogar auf Kassetten gefilmt: verstümmelte, lebendig verbrannte Männer, vergewaltigte Frauen, Opfer, denen kochender Teer in den Schlund geschüttet wurde usw. usw. Dagegen, so wetterte Sangak Safarov, sei seine Volksfront "nicht ein Prozent so grausam" (Sp, 25.1.1993).

Auch die gezielte Einbeziehung krimineller Elemente spielte eine Rolle: Der Führer der Volksfront, Sangak Safarov, war nach insgesamt 23 Jahren Haft ein Vertreter der "Elite" des GULAG und der lokalen kriminellen Welt. Er hatte ausdrücklich betont, Feinde müsse man vernichten (Interview in NG, 14.11.1992). Schließlich pflegen Bürgerkriege allgemein von besonderer Grausamkeit zu sein, da es nicht mehr um eigentlich politische Ziele, sondern nur noch um die schiere physische Ausrottung bzw. zumindest terroristische Vertreibung der "Fremdgruppen" geht. Ähnliche Grausamkeiten wie in Tadschikistan - und die Tadschiken selbst galten im Grunde als Volk der "Dichter und Denker"! - sind aus dem Afghanistan-Krieg nur zu bekannt.

⁶ Iz, 8.8.1992.

⁷ Anfang des Monats hatte Nabijew bekanntgegeben, die Opposition habe eine besondere Gruppe zu seiner Ergreifung gebildet (Iz, 4.9.1992; M, 4.9.1992). Damit, so schien es zunächst, wollte er nur sein Untertauchen seit dem 2. 9. begründen. In der amerikanischen Botschaft argwöhnte man, daß die iranische Botschaft eine erhebliche Rolle bei den Ereignissen gespielt habe (M, 4. 9.1992).

November tagte der Oberste Sowjet in Chodschand: Der Norden war vom Bürgerkrieg weitgehend verschont geblieben. Erklärtes Ziel war, im Land die Aussöhnung einzuleiten. Nabijew wurde entgegen seinen eigenen Erwartungen nicht wieder in sein Amt eingesetzt. Das Präsidialsystem wurde abgeschafft. Neuer Vorsitzender des Obersten Sowjet wurde Emomali Rachmonow, ein Kolchos-Direktor aus Kuljab und enger Verbündeter des aus dem gleichen Dorf - Dangarak - stammenden Sangak Safarow.¹ Die nach dreistündigen geheimen Verhandlungen mit Feldkommandeuren proklamierte Versöhnung dauerte jedoch kaum länger als das anschließende Fest. Dann wurde weitergekämpft.

Im Dezember 1992 wurde Duschanbe von der Volksfront unter Safarow eingenommen, und das nachdem bereits so manche Mitglieder der islamisch-demokratischen Regierung ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet und die Kämpfer der islamisch-demokratischen Orientierung die Stadt verlassen hatten.

Die proklamierten Ziele des willensstarken Volksfront-Chefs "Bobo" ("Papa") Safarow, offensichtlich ein Mann von rohem Gerechtigkeitssinn und eigenartigem Charisma und im Land von seinen Anhängern als tadschikischer "Castro" gefeiert, waren der enge Zusammenschluß mit Rußland, die Wiederherstellung der Sowjetunion und die Ausrottung "des demokratischen Drecks" bis nach Moskau. Mit diesem "Programm" wurde er zum Liebling des russischen Militärs. "Die ganze Garnison hört auf mich," brüstete sich Sangak.² Verteidigungsminister Pawel Gratschow nannte Safarow nach seinem Tod im März 1993³ einen "wahren Patrioten".⁴ Entscheidende Unterstützung leistete eine im usbekischen Termes aufgestellte Sondereinheit des MWD, in der auch Mitarbeiter des usbekischen Innenministeriums vertreten waren. Auf Gesuch des Rachmonow-Regimes traf sie am 10. Dezember in der Hauptstadt ein, um die anarchischen Milizengruppen unter Kontrolle zu bringen.⁵

Es folgten Massenrepressionen - die offenbar gar nicht zentral gesteuert waren - nach rein regionalen Kriterien: Es genügte, aus Garm oder Pamir zu stammen.⁶ Zu Beginn des Jahres 1993 flohen unter dem Druck der Kuljabis und der mit ihnen verbündeten Usbeken etwa 100.000 Menschen - überwiegend Garmis und Pamiris - nach Afghanistan. Die Angaben über die Zahl Opfer des Bürgerkriegs variieren extrem: von 20.000 (so die "offizielle" Ziffer Duschanbes) bis über 300.000 (Schätzung des in Moskau akkreditierten Hilfsfonds für Flüchtlinge, Umid, "Hoffnung"), ja sogar bis zu einer halben Million Toten.⁷ Dazu kamen bis zu einer Million Flüchtlinge⁸ in einer Republik, die ganze 5,6 Millionen Einwohner gehabt hatte.

¹ Safarow soll Rachmonow ausdrücklich seinen Mann genannt haben.

² Sp, 25.1.1993.

³ Sangak kam zusammen mit seinem schlagkräftigsten und grausamsten Feldkommandanten, dem Usbeken Faisali Saidow, unter ungeklärten Umständen ums Leben: zunächst hieß es in einem Autounfall. Dann aber wurde von einer Schießerei der beiden zu Rivalen gewordenen Männer in Kurgan-Tjube berichtet (The Guardian, 1.4.1993). Schließlich wurde unverhohlen von politischem Mord gesprochen, den ein Leibwächter Safarows begangen haben soll (B. Vinogradov, Iz, 3.2.1994).

Den Nekrolog dieses Mannes, der schließlich bei allen höchsten Instanzen des neuen Regimes frei ein- und ausgegangen war, ohne selber einen Posten anzunehmen, unterzeichneten u.a. die Botschafter der USA, Rußlands und des Iran (Ėarogi ruz, 20.11.1992). Sein Tod löste zunächst Panik im neuen Regime aus (NG, 1.4.1993).

⁴ NG, 2.6.1994.

⁵ Human Rights Watch, a.a.O. S. 25.

Der Partisanenkrieg an der Grenze

Die afghanischen Mudschahedin, stolze Sieger über die in ihren Augen gott- und sittenlose Sowjetunion, rekrutierten unter den Flüchtlingen die jungen Männer für ihre Ausbildungslager. In Taloqan - dem administrativen Zentrum von Mas'uds "befreiter Zone" und Ort seines Stabsquartiers - soll im März 1993 sogar eine Exilregierung gebildet worden sein, die aber offenbar an internen Differenzen in der Opposition scheiterte. Zugleich wurde zwecks Leitung der militärischen Aktionen des Widerstands ein Koordinationsrat unter Said Abdullah Nuri⁶ gegründet. Ein weiteres derartiges Gremium entstand - offenbar unter Leitung der Hesb-e eslami des radikalen Fundamentalisten Golbuddin Hekmatjar - in Kunduz, der größten tadschikischen Stadt im Norden Afghanistans und Geburtsort Hekmatjars.⁷ In dieser Gegend gab es sieben Flüchtlingslager mit insgesamt 70.000 Menschen. Die Lage hier war wenig transparent. Internationale Organisationen hatten bis vor kurzem keinen Zugang.

Seit März 1993 kam es an der afghanisch-tadschikischen Grenze immer wieder zu Zwischenfällen. Am 13. Juli 1993 wurde der Grenzposten Nr. 12 im Gebiet Moskowskoje - dem strategischen Transitgebiet nach Kuljab, Duschanbe und Garm - von tadschikischen Partisanen unter dem Oberbefehl afghanischer Mudschahedin angegriffen: 25 russische Grenzsoldaten kamen ums Leben. Gleichzeitig wurden das nahegelegene Dorf Sarigor attackiert und seine ca. 200 Bewohner, alle Kuljabis, niedergemetzelt. In Rußland löste dieser Zwischenfall einen Schock aus. Zeitweilig schien

⁶ In Tadschikistan gibt es große Unterschiede zwischen den Bewohnern der Ebene - die städtisch und bei ihrer Bilingualität und im Grunde gleichen Alltagskultur von den Usbeken kaum zu unterscheiden sind - und den traditionalistischen Berg-Tadschiken, streng konservativen und frommen Bauern. Die Sowjetmacht hatte in den dreißiger bis sechziger Jahren die in den Bergen lebenden Bauern im Interesse der Arbeitskräftebeschaffung für die Baumwollmonokultur in den Tälern angesiedelt. Damit waren soziale Spannungen vorprogrammiert: Der Bürgerkrieg war ein Angriff auf diese "Zugereisten", da das Land bedrohlich knapp geworden war. Die Garmis waren inzwischen wirtschaftlich recht erfolgreich gewesen, aber Leninabad und Kuljab hatten ihnen keinerlei Beteiligung an der politischen Macht eingeräumt. So fanden die Netzwerke der Mullahs unter ihnen ihre meisten Anhänger: Fast alle Funktionäre der IPW stammten aus dem Garm-Tal.

Die Pamiris aus dem östlichen Gornyj Badachschan wiederum sind überwiegend (schi'itische) Ismaeliten: Ihr geistlicher Oberherr ist der Agha Khan. Sie haben für den Fundamentalismus nichts übrig: Ihre Frauen leben gleichberechtigt und unverschleiert. Die Pamiris kämpften daher unter demokratischem Banner. Ihre Gegend erklärte sich am 11. April 1992 zur Autonomen Republik und strebte im Grunde nach vollständiger Unabhängigkeit.

⁷ Die letzte Zahl beruht auf Schätzungen von Vertretern internationaler Hilfsorganisationen. Mit anderen Worten, fast jeder zehnte Einwohner Tadschikistans kam in diesem Bürgerkrieg ums Leben! (Human Rights Watch, S. 25)

Der Vergleich mit Afghanistan drängt sich auf: Hier kamen in einem zehnjährigen Krieg nach der sowjetischen Intervention (1979-89) etwa 1 bis 1,5 Million Menschen durch Gewalt und Hunger ums Leben (M, 14.7.1994) und 5 Millionen flohen aus dem Land bei einer Bevölkerung von ursprünglich offiziell 15 Millionen (die aber in Wirklichkeit sehr viel geringer gewesen sein könnte).

⁸ Nach unvollständigen Angaben verließen 778.500 Menschen Tadschikistan. (Rossija, Nr. 19, 18.-25.5.1994). Eine andere Quelle berichtet, daß etwa ein Fünftel der ursprünglichen Gesamtbevölkerung zu Flüchtlingen wurde (M, 6./7.11.1994).

¹ Nuri ist ehemaliger Polithäftling, der in sibirischen Lagern gesessen hat (NG, 21.4.1994). Er stammt aus einer Familie von Apparatschiks aus dem Wachs-Tal und hat das Polytechnikum in Duschanbe absolviert. Seine Popularität verdankte er dem Umstand, daß er von Anfang an bei den Flüchtlingen gewesen war (Iz, 18.6.1994).

² Hekmatjars Familie gehörte zur paschtunischen Minderheit der Stadt.

es, als drohe ein neuer Afghanistan-Krieg.¹ Kabul beteuerte, es sei nicht verantwortlich² und gab sich ausgleichsbereit. Seit September sollte der afghanische Präsident Borhanuddin Rabbani Duschanbe besuchen, was schließlich nach einer Reihe nicht näher begründeter Terminverschiebungen Ende des Jahres auch geschah.

Versuche einer Konfliktregelung

Nach dem Zwischenfall vom 13. Juli 1993 ernannte Jelzin sowohl Außenminister Andrej Kossyrew als auch den Chef des Auslandsnachrichtendienstes, Jewgenij Primakow, zu seinen Sonderbeauftragten in diesem Krisengebiet. Kossyrew sollte die Politik der "Machtministerien" in dieser Krise koordinieren. Nach anfänglich martialischen Drohgebärden Moskaus drängte das russische Außenministerium das neue, von Kuljabis dominierte Regime in Duschanbe auf Verhandlungen mit der Opposition. Dieses gab sich extrem verhandlungsunwillig: Liefen doch alle Verhandlungen auf Konzessionen, wenn nicht an den Widerstand, so doch zumindest an die Nomenklatura von Chodschand hinaus. Auch das russische Militär opponierte unübersehbar.³

Im Juli 1994 beschloß das Rachmonow-Regime, am 25. September ein Referendum über eine neue (Präsidential-) Verfassung und zugleich die Wahl des Präsidenten selbst abzuhalten. Damit wurde der

¹ Astrid von Borcke, Spannungen an der afghanisch-tadschikischen Grenze und das russische Krisen-Management, Berichte des BIOst, 16 und 29, 1994.

² Die Region südlich des Pjandsch galt als von den Anhängern Mas'uds beherrscht, des berühmtesten Feldkommandanten des Afghanistan-Kriegs und seit dem Frühjahr 1992 ein Jahr lang Verteidigungsminister. Allerdings war über die genauen Verhältnisse und speziell die Kommandostrukturen im Norden kaum etwas bekannt. Duschanbe verwies sogleich auf den Kommandanten der in Grenznähe nördlich von Kunduz stationierten 55. Division des "Islamischen Staats Afghanistan" (ISA), Qazi Kebir, der in der Tat einer der prominenten Kommandeure von Mas'uds Dscham'ijat-e eslami ist (vgl. Anthony Davis, The Battleground in Northern Afghanistan, in: Jane's Intelligence Review, July 1994, S. 326). Doch der afghanische Außenminister wies diese Behauptung zurück (Central Asian Monitor, 4/1993, S. 13). Mas'ud selber sicherte Jewgenij Primakow, dem Chef des russischen Auslandsnachrichtendienstes, zu, er werde alles in seinen Kräften stehende tun, damit sich derartiges künftig nicht wiederhole. Bald darauf wurde mit Qazi Kebir ein Waffenstillstand geschlossen, der sich als bemerkenswert dauerhaft erwies.

Mas'ud hatte in einem Interview vom 28.6.1993 darauf verwiesen, daß Pakistans militärischer Geheimdienst ISI (Interservices Intelligence) - der im Afghanistan-Krieg überwiegend Hekmatjar unterstützt hatte - auch unter Kommandeuren der Region aktiv gewesen sei (Sandy Gall, a.a.O., S. 145). Später wurde in der Tat gemeldet, der Befehlshaber der Angreifer vom 13. Juli 1993, Kari Hamidullah, kämpfte unter Mullah Abdur Rahim und sei (so das tadschikische Außenministerium) ein Feldkommandant der Hesb-e eslami (Hekmatjars) aus Rag in Gornj Badachschan (NG, 2.10.1993).

Unter Kari Hamidullahs Leitung fand u.a. im August 1994 ein weiterer größerer Angriff statt, bei dem sieben russische Grenzsoldaten getötet und weitere zehn verletzt wurden (FR, 20.8.1994): Dahinter stand offenbar die Absicht, die anlaufenden Verhandlungen zwischen Duschanbe und dem Widerstand zu torpedieren. In Wirklichkeit ist es in erster Linie Hekmatjar gewesen und nicht Mas'ud, der darauf hingearbeitet hat, im Norden die Instabilität zu schüren. Da Hekmatjar aber pro forma als "Ministerpräsident" des ISA galt, implizierte das ebenfalls den afghanischen Staat, auch wenn Hekmatjar in Wirklichkeit als dessen "Totengräber" zu wirken bestrebt gewesen ist.

³ NG, 6.4.1994. Darauf deuteten Repressionen in Garm, ja bereits die tendenziöse Berichterstattung. Besonders deutlich wurde der Widerstand, als das Verteidigungsministerium im Frühjahr 1994, gerade als Verhandlungen zwischen Duschanbe und dem Widerstand anlaufen sollten, sich bemüßigt fühlte, in der Tiger-Schlucht im Süden Tadschikistans - einem Gebiet mit einzigartiger Tierwelt - ein großes Manöver abzuhalten. In Tadschikistan, so räumte der Stellvertretende Außenminister Anatolij Adamischin in Teheran ein, überschritten die Militärs oft ihre Zuständigkeit (Iz, 10.3.1994).

Verhandlungsprozeß mit der Opposition bewußt torpediert, der noch im März während der Verhandlungen in Moskau ausdrücklich Beteiligung an der Ausarbeitung der Verfassung und der politischen Zukunft des Landes zugesagt worden war. Die UN drohten daraufhin mit Vertagung der bevorstehenden Verhandlungsrunde, die im August-September in Islamabad beginnen sollte; denn Duschanbe hatte sich weder an die Tagesordnung noch an die Abmachungen gehalten. Unter russischem und usbekischem Druck wurde dann zumindest der Wahltermin auf den November verlegt, und Kosyrew betonte, daß Rußland wirklich demokratische Wahlen sehen wollte. Duschanbe mußte sich schließlich flexibler zeigen und Abdul Malek Abdullodschanow, einen reichen und angesehenen Geschäftsmann aus Chodschand, der bereits Premier in der Koalitionsregierung gewesen war, zumindest dem Schein nach als Gegenkandidaten zu Rachmonow zulassen.

Denn das Regime stand unter erheblichem Druck. Nach der witterungsbedingten relativen Inaktivität des Widerstands im Winter 1993/94 begann sich dieser im Sommer 1994 eindrucksvoll erfolgreich zu zeigen. Die Partisanen - insgesamt auf ca. 5.000 bis 7.000 Mann (und mehr) geschätzt¹, davon etwa 2.000 in Gornyj Badachschan² - hatten inzwischen begonnen, zusehends im Landesinnern zu agieren.³ Im August 1994 eroberte die Gruppierung von Kommandant Hakim Dschunaboj Tawil Dara am Fuß des Pamir, den strategischen Zugang zu Gornyj Badachschan. Die russischen Streitkräfte der 201. Division hielten sich fünf Tage lang demonstrativ neutral.⁴

In Teheran legten russische Diplomaten der Opposition nahe, ein gesondertes Friedensabkommen mit Rußland abzuschließen und sich zu verpflichten, russische Grenzsoldaten und Truppen nicht anzugreifen. Damit wollte Rußland seine (neutrale) peace-keeping Rolle unterstreichen.⁵ Das Außenministerium, das von vornherein bestrebt gewesen war, den Einfluß des Militärs auf die Entscheidungsfindung nicht ausufern zu lassen und im übrigen unbedingt verhindern wollte, daß Rußland der Gendarm Tadschikistans würde, drängte zusehends auf eine echte peace-keeping Mission in Tadschikistan unter Kontrolle internationaler Organisationen.

Das Militär, das nicht unter internationaler Aufsicht operieren will, - der Oberkommandierende der im Namen der GUS in Tadschikistan den Frieden absichernden russischen Truppen, General Walerij Patrikejew, erklärte unverblümt, er wünsche keine "fremden Spione" in seinen Stäben - war zumindest an einem finanziellen Beitrag des Auslands an den Kosten seines Einsatzes in Tadschikistan interessiert.

Doch bislang haben sowohl die UNO als auch die KSZE Rußlands Forderung, seine Rolle in der Republik als peace-keeping anzuerkennen, nicht stattgegeben. Die ordnungsstiftende Rolle der russischen Truppen war schließlich weder auf einem internationalen Mandat begründet noch war das russische Militär gemäß den strikten Spielregeln eines - wirklich unparteiischen - peace-keeping vorgegangen, mochten auch in Tadschikistan bloße neo-imperiale Aspirationen der Militärführung,

¹ NZZ, 28.7.1993. Duschanbe sprach Anfang 1994 von 4.500 Mann (Iz, 3.2.1994); der Befehlshaber der GUS-Friedenstruppen, General Walerij Patrikejew, nannte Ende des Jahres sogar die Zahl von ca. 10.000 Partisanen (FAZ, 22.11.1994).

² NZZ, 14.8.1993.

³ NZZ, 2.8.1994.

⁴ Segodnja, 10.8.1994.

⁵ MN, 16.-22.9.1994.

ungeachtet der nicht unproblematischen Erklärung der tadschikisch-afghanischen Grenze zu einer "russischen", immer noch weniger augenscheinlich sein als etwa im Kaukasus. Speziell zu Beginn des Bürgerkriegs hatte sich die 201. Division, zunächst unter Oberbefehl des tadschikischen Generals Atschurow, in Duschanbe in der Tat neutral verhalten¹ und sogar vermittelnd gewirkt.²

Mitte September 1994 einigte sich das Rachmonow-Regime mit dem Widerstand auf eine Feuerpause bis zum 6. November, dem Tag des Referendums.³ Am 21. Oktober wurde schließlich unter erheblichem Druck seitens des russischen Außenministeriums auf Duschanbe in Islamabad der Text eines Waffenstillstandsabkommens verabschiedet: Die Feuerpause sollte nun vom 20. Oktober 1994 bis 6. Februar 1995 in Kraft bleiben, dem Tag der Wahlen zum neuen Parlament. Dafür verlangte die Opposition die Stationierung von UNO-Beobachtern an der Grenze, die Freilassung von 52 Gefangenen durch Duschanbe⁴, die Entsendung von Hilfsgütern ins hungernde Gornyj Badachschan und die Erklärung des Krisengebiets Garm zur Sicherheitszone.

Der russische Grenzschutz aber klagte umgehend wieder über Verletzungen des Abkommens durch die Opposition.⁵ Diese Meldungen wurden von den UNO-Beobachtern in dieser Form nicht bestätigt. Im November 1994 wurden mehrere Grenzsoldaten in Gornyj Badachschan getötet. Das tadschikische ebenso wie das Moskauer Außenministerium legten beim afghanischen Staat Protest ein. Doch es war wenig wahrscheinlich gewesen, daß man die Lage an der Grenze voll stabilisieren konnte. Schließlich kämpfen nicht alle Partisanen unter einem einzigen Oberkommando. Armut und Hunger zwingen die Menschen zum Schmuggel, der darüber hinaus auch in großem Stil von "professionellen" Kräften betrieben wird, die vor allem Drogen gegen Waffen verschieben.⁶

Die Wahl des Präsidenten: Relative Stabilisierung und ungelöste Probleme

Die Wahl Emomali Rachmonows im November 1994 zum neuen Präsidenten bedeutete zumindest eine relative Stabilisierung: Tadschikistan hatte wieder eine Regierung, die im In- und Ausland

¹ Allerdings war die zur Schau getragene Neutralität des russischen Militärs in Tadschikistan keineswegs konsequent. Das verdeutlichte der Umstand, daß die überwältigende Masse der Waffen der Kämpfer aus russischen und ex-sowjetischen Armeebeständen stammte und - jedenfalls zunächst - nur bloße 10-15 Prozent aus Afghanistan. Offenbar wurden solche Waffen an die Kuljabis von lokalen russischen Kommandeuren auf eigene Faust abgetreten, was insbesondere in Kurgan-Tjube der Fall war; Waffen wurden auch verschoben und zum Teil sogar gestohlen.

² So wurde der Kompromiß mit der Opposition, der im Frühjahr 1992 zu einer Koalitionsregierung führte, in der Garnison der russischen Truppen ausgehandelt.

³ NG, 24.9., 1994.

⁴ Der "zweite Mann" Duschanbes, Abdulmadschid Dostijew, sagte zu, der Gefangenenaustausch werde zwischen dem 17.9. und 17.10.1994 stattfinden (NG, 24.9.1994). Der Termin wurde jedoch nicht eingehalten. (Dostijew, der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Obersten Sowjet Tadschikistans, war schließlich als Verhandlungsleiter eingetroffen, womit der Forderung der Opposition nachgegeben wurde, die Verhandlungen endlich auf hohem Niveau zu führen.)

⁵ So erklärte der Stellvertretende Leiter des Föderalen Grenzschutzes, Generalleutnant A. Bepalow, Anfang 1995: In ca. zwei Monaten sei das Waffenstillstandsabkommen von den Partisanen 60mal verletzt worden. (Die Kriterien für solche Verletzungen wurden nicht näher genannt.) Elf Grenzer hätten ihr Leben gelassen, und über 20 seien verwundet worden (RG, 6.1.1995).

⁶ Inzwischen ist das verwüstete, verelendete und hungernde Afghanistan zum weltweit führenden Exporteur von Drogen geworden.

anerkannt wurde. Nach dem Bürgerkrieg akzeptierte¹ die Bevölkerung (vor allem in den Städten) das Regime und begrüßte sogar dessen Unterstützung durch Rußland.² Ansonsten war keines der Grundprobleme des Landes gelöst: Die Forderung der Garmis und Pamiris nach Beteiligung an der Macht ist nur gewaltsam unterdrückt worden. Der Regionalismus hat sogar weiter zugenommen, da das neue Regime in den Augen der Opposition eine bloße Vertretung der Regionalinteressen von Kuljab ist. Nicht nur das arme Badachschan, auch das mächtige Chodschand ist nicht für Rachmonow. Dazu kommen zunehmende ethnische Spannungen mit den Usbeken, die immerhin ein Fünftel der Wähler ausmachen.³

Nach den Kriegsverwüstungen ist die wirtschaftliche Situation des Landes katastrophal.⁴ Rachmonow aber möchte im Interesse des sozialen Friedens die Preise für Grundnahrungsmittel staatlich festgelegt lassen und im übrigen auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften beibehalten.⁵ Mit diesem Kurs aber ist die Wirtschaft in den Abgrund gesteuert worden.

Selbst die Lösung der elementarsten Probleme der inneren Sicherheit, angefangen bei der Entwaffnung aller Banden⁶, ist noch nicht absehbar. Zugleich hat die Kriminalität beängstigend um sich gegriffen.⁷ Die Mafia hat hier noch mehr Einfluß als in Moskau, so daß bereits dieser Umstand die künftige Regierbarkeit des Landes in Frage stellen könnte.

Zu all diesen internen Problemen kommt der andauernde Bürgerkrieg in Afghanistan. Nicht nur, daß das anarchische Nachbarland eine Quelle von Waffen, Drogen, Kriminalität und Instabilität bleiben wird. Dort leben auch fast noch einmal so viele Tadschiken wie in Tadschikistan selbst. Sollte der

¹ KStA, 21.7.1993.

² Selbst Sprecher der Opposition haben Rußlands strategische Interessen in Tadschikistan anerkannt und seine friedensstiftende Rolle gefordert, allerdings unter der Bedingung der Auswechslung des Offizierskorps, das nicht nur in den Augen der Opposition als parteiisch gilt, sondern noch dazu der Korruption verdächtigt wird, u.a. der Beteiligung an dem so enorm lukrativen Drogenschmuggel (siehe: K. Karabekov in: Iz, 30.7.1994; M, 29.3.1994). Gefordert wird auch die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten des Landes.

³ RG, 29.10.1994. Der pro-iranisch ausgerichtete tadschikische Nationalismus richtet sich eo ipso gegen die Usbeken, ein Turkvolk, das von der nationalistischen Intelligenz weiterhin als Eroberer gesehen wird. Auch hatten sich Rußland und die Sowjetunion historisch bei der Aufrechterhaltung ihres Imperiums in dieser Region auf die Usbeken gestützt. Hinzu kommt, daß sich usbekische Führer, die wesentlich dazu beigetragen hatten, daß Karimow die "Volksfront" unterstützte - zumal ja die Nomenklatura von Chodschand traditionell pro-usbekisch orientiert gewesen ist - inzwischen von den die Macht monopolisierenden Kuljabis getäuscht fühlen.

⁴ Die Kosten der Bürgerkriegsschäden wurden auf 300 Mrd. Rbl geschätzt, das Einkommen der Republik dagegen belief sich 1993 auf bloße 38 Mrd. (A. Karpov, Iz, 5.3.1993). Duschambe hatte 400 Mio. Dollar Auslandsschulden sowie im Innern weitere 338 Mrd. Rbl in Form nicht ausgezahlter Löhne und Renten. Die Arbeitslosigkeit war 1994 auf 50 Prozent gestiegen (FHA, 7.11.1994, S.4). Infolge des Mangels an Mehl und Brot rechnete man gegen Ende 1994 mit neuen Unruhen (FAZ, 10.12.1994). Die UN erklärten Tadschikistan zu einem der "least developed countries".

⁵ NZZ, 9.1.1994.

⁶ Es wird geschätzt, daß es im Land zwischen 18.000 (so die "offizielle" Schätzung) und 30.000 - 35.000 (Central Asian Monitor, 1/1993) und womöglich sogar um ein Mehrfaches mehr (NG, 1.4.1993) illegale Waffen gibt. Von diesen waren in Gornj Badachschan nach einem Abkommen vom Sommer 1992 nur ganze 40 (!) abgegeben worden (Iz, 10.8.1992). Bedenkt man nicht nur die unsichere Lage im Land, sondern auch, daß eine Kalaschnikow hier 1992 zwischen 50.000 und 150.000 Rbl wert war (MN, 20.9.1992) - 1993 bereits 200.000 Rbl (Sp, 25.1.1993) -, war das nicht verwunderlich. Im Wachs-Tal etwa gab es praktisch in jeder Bauernfamilie ein MG (I. Rotar, NG, 14.6.1994).

⁷ Insbesondere um die nicht-staatliche Verteilung von defizitären Waren hat sich ein städtisches Netzwerk organisierter Kriminalität gebildet (Eisener, a.a.O., S. 778).

tadschikische Feldkommandant Ahmad Schah Mas'ud - de facto weiterhin der Herr über die Streitkräfte¹, wenn nicht gar *éminence grise* des "Islamischen Staats Afghanistan" schlechthin - in Kabul scheitern², so würde dann womöglich die Idee eines "Groß-Tadschikistan" wirklich aktuell, also eines Zusammenschlusses Tadschikistans bzw. seines südlichen Teils mit dem tadschikischen Norden Afghanistans. Ein solches - an sich politisch und ökonomisch tragbares - Groß-Tadschikistan könnte wiederum aufgrund der Revision bestehender prekärer Grenzen auch in erheblichem Maß angrenzende Staaten destabilisieren.

Angesichts all dieser Probleme war 1994 Abdul Malek Abdullodschanow - der Kandidat Chodschands, angeblich ein Verwandter von Nabijews Amtsvorgänger, Kachar Machkamow, und ein überaus erfolgreicher Geschäftsmann - vielen Beobachtern als der bessere Mann für die Rolle des künftigen Präsidenten Tadschikistans erschienen. Er hatte bereits der Koalitionsregierung vom Mai

¹ NZZ, 28.7.1993.

² Der umsichtige Mas'ud, den der sowjetische militärische Geheimdienst GRU einen leidenschaftlichen Nationalisten genannt hatte, scheint von vornherein an die Staatsneugründung gedacht zu haben. Er hatte als einziger Kommandeur des Widerstands in der nördlichen Provinz Tachar eine eigene - und für afghanische Verhältnisse ausgesprochen progressive - Verwaltung und damit den Nukleus eines Gegenstaats aufgebaut. Doch angesichts des terroristischen Maximalismus von Hekmatjar - inzwischen verbündet mit der schi'itischen, von Teheran unterstützten Hesb-e Wahdat und seit Ende 1993 sogar mit dem Ex-Milizenchef General Abdul Raschid Dostum - schien es wenig wahrscheinlich, daß ihm eine solche Staatsneugründung gelingen würde. Nur unter den Tadschiken und vor allem in seinem heimatlichen Pandsch Schir ("Fünf Löwen")-Tal genießt der "Löwe von Pandschir" (Schir-e Pandsch Schir) geradezu leidenschaftliche Loyalität. Doch für die von indischem Kastengeist geprägten Paschtunen, die den Staat traditionell als ihr Erbgut zu betrachten pflegten, ist ein Regiment von Tadschiken, "Parvenus" in ihren Augen, kaum zu verkraften.

Inzwischen ist in Kabul der letzte Rest einer zivilen Verwaltung zusammengebrochen. Die Hauptstadt aber war die augenscheinliche "Wiege" eines neuen afghanischen Staats. Allein in der Provinz konnten Kommandeure - vor allem Ismail Khan in Herat im Westen und Dostum in Maser-e Scharif im Norden - eine regionale Konsolidierung durchsetzen.

Angesichts des überraschenden Auftretens der womöglich ISI-geförderten Taleban (Religionsstudenten) ist die Lage, trotz der an sich positiv zu bewertenden Niederlage Golbuddin Hekmatjars, des größten Kriegstreibers und Demagogen Afghanistans, noch keineswegs voraussehbar geworden, zumal die Taleban kein ausformuliertes politisches Programm besitzen. Innerhalb eines halben Jahres ist diese von der kriegsüberdrüssigen Bevölkerung aktiv mitgetragene Taleban-Bewegung - von ein paar hundert Männern aus afghanischen Lagern in Pakistan inzwischen auf angeblich über 20.000 Mann angeschwollen - von Kandahar im Süden bis vor die Tore Kabuls vorgerückt und hat inzwischen (Februar 1995) in neun von 29 Provinzen die Macht übernommen. Die Taleban wirken damit wie die schlagkräftigste militärische Kraft im Land. Ihre erklärten Ziele - Wiederherstellung der staatlichen Einheit und ein "wirklich" moslemisches Regime - stehen mit denen Mas'uds nicht eigentlich im Konflikt (nur daß er in Wirklichkeit ein ungleich moderner und weitaus politischer denkender Mann ist). Allerdings ist zu bedenken, daß in Afghanistan Programme letztendlich nicht in erster Linie die praktische Politik mit ihren Koalitionsmanövern bestimmen.

Die Taleban haben sich einstweilen in paschtunischem Gebiet durchgesetzt. Sie können schwerlich auf eine gleichermaßen positive Aufnahme unter Tadschiken und Usbeken rechnen. Das könnte ihnen womöglich einen Ausgleich um so näher legen, für den Fall, daß ihre zunächst noch so wenig bekannten Führer nicht von einem so monomanischen Streben nach Alleinherrschaft inspiriert sind wie es Hekmatjar gewesen ist.

Andererseits gibt der Umstand zu denken, daß sowohl die Taleban als auch Hekmatjar fundamentalistische Paschtunen sind. Hekmatjar, der sein Hauptquartier südlich von Kabul, Tschar Asjab ("Vier Mühlen"), am 14. Februar 1995 vor den Taleban räumen mußte, ist kein Militärführer von Mas'uds Format. Dafür aber hat er als politischer Intrigant geradezu geniales Talent bewiesen. Sein Comeback in einem anti-tadschikischen, fundamentalistisch-extremistischen Bund mit den Taleban, mögen diese sich auch einstweilen gegen alle Mudschahedin-Fraktionen gewandt haben, ist wohl nicht ganz auszuschließen, zumal sobald die Taleban in Kabul und im Norden auf ernsten Widerstand stoßen.

1992 angehört, war also auch für die Opposition akzeptabel, da er sich während der Kämpfe neutral verhalten hatte. Im November 1992 war er mit 98 Prozent der Stimmen der Sowjetdeputierten in Chodschand zum Ministerpräsidenten gewählt worden, ein Amt, das er bereits faktisch ausgeübt hatte. Man traute ihm den Ausgleich mit den Regionen zu. Bei seiner pro-russischen und pro-westlichen Orientierung wurde erwartet, daß er auch die nötigen Wirtschaftsreformen in Angriff nehmen würde. Rachmonow dagegen, obgleich er Wirtschaft studiert hat, ist den Perspektiven der alten Landwirtschaftsbürokratie verhaftet und im übrigen rein machtpolitisch orientiert. Im Dezember 1993 hatte er Abdollodschanow nach Differenzen über die Wirtschaftspolitik auf den Posten des Botschafters in Moskau abgeschoben.

Abdullodschanow wurde vom Moskauer Außenministerium (nicht aber vom russischen Militär und Grenzschutz) und von Islam Karimow favorisiert. Doch das Rachmonow-Regime torpedierte seine Wahlkampagne mit allen Mitteln. Nach der Wiederauflage eines seinerzeit in *Tscharogi ruz* (*Tscheraq-e ruz*, "Lampe des Tages") erschienenen Enthüllungsartikels wurde Abdullodschanow beschuldigt, 1992 für politische Morde verantwortlich, in Korruptionsaffären verwickelt und womöglich gar einer der Führer von mafiosen Strukturen zu sein. Prompt wurde ein Strafverfahren eingeleitet, womit seine Kandidatur von vornherein torpediert werden sollte. Das Einschreiten Moskaus und Karimows machten diese Taktik unmöglich. Das Regime griff daraufhin zu massivem Wahlbetrug¹, nachdem bereits das Wahlgesetz², ja der elementare Umstand, daß alle oppositionellen Organisationen im Land verboten sind, der Opposition keine Chance gelassen hatte. Sie boykottierte prompt die Wahl.³ Am 11. November 1994 siegte Rachmonow mit angeblich 68 Prozent der Stimmen, und das Ergebnis lag in dem verwüsteten Land schneller vor als bei einer Schweizer Kantonalwahl: Es handelte sich also offensichtlich eher um eine "politische" als um eine "arithmetische" Ziffer.

Rachmonow stützt sich in erster Linie auf einen durch Kämpfer der Volksfront verstärkten Sicherheitsdienst und das Innenministerium.⁴ Im Grunde ist er Präsident von Rußlands Gnaden.⁵ So wurde ihm sogleich prophezeit, nur eine Interimserscheinung zu bleiben.⁶ Aber vielleicht vermag er dennoch, seine Macht zu konsolidieren, zumal ihm die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und der Umstand, daß die demokratisch-islamische Opposition durch die Geschehnisse von 1992 erheblich an Sympathien verloren hat, entgegenkommen. Er hat sich inzwischen bemüht, mittels Reisediplomatie und Auftreten vor der UNO-Generalversammlung auch ein gewisses internationales Ansehen als gesamtnationaler Führer zu erringen. Auch hat er den Ausgleich mit der Kabuler Führung unter Rabbani gesucht. Andererseits mußte der Ausschluß der gesamten Opposition aus dem politischen Leben darauf hinauslaufen, daß das Regime riskiert, als Preis für eine zeitweilige Teilstabilisierung künftig womöglich den Extremisten des Untergrunds das Feld zu überlassen.

¹ Milizen mußten mit der Waffe für den "richtigen" Kandidaten agitieren, die Stimmabgabe wurde ebenfalls militärisch "beaufsichtigt", die Auszählung gefälscht usw.

² Allein offizielle Organisationen und Instanzen konnten Kandidaten für die Wahl aufstellen.

³ Dabei mag dahingestellt sein, welche realen Chancen die Opposition selbst unter demokratischen Bedingungen gehabt hätte: Der islamische Widerstand war von vornherein eine Minderheit.

⁴ Iz, 29.10.1994.

⁵ FAZ, 19.11.1994.

⁶ O. Panfilov, in: NG, 19.11.1994.

Schlußbetrachtung: Ein Wendepunkt

Der tadschikische Bürgerkrieg ist in mancher Hinsicht ein Wendepunkt für alle betroffenen Staaten gewesen. Diese Geschehnisse haben entscheidend dazu beigetragen, Rußlands "Eliten" zu veranlassen, ihre geopolitische Rolle zu überdenken. Außenminister Kosyrew hat dabei ein möglichst kreatives Krisen-Management versucht und das nicht ohne allen Erfolg: Der mancherorts befürchtete "zweite Afghanistankrieg" - den sogar General Boris Gromow heraufziehen sah, der als letzter Befehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in jenem Land nur zu wohl weiß, wovon er spricht - ist in Tadschikistan bislang noch nicht eingetreten. Allerdings haben inzwischen in Rußland nationalistische und neo-imperialistische Stimmungen bedenklich an Einfluß gewonnen.

Im Gegensatz zum Außenministerium hat die Militärführung Rußlands unter Pawel Gratschow faktisch auf ein Protektorat in Tadschikistan hingearbeitet, auch wenn alte Afghanistan-Kämpfer wie Gratschow selbst von vornherein wußten, daß die tadschikische Problematik und speziell die Spannungen an der Grenze mit rein militärischen Mitteln gar nicht zu meistern sind. Inzwischen soll die 201. Division mit ihren ca. 12.000 Soldaten¹ die Grundlage einer Militärbasis bilden.² Der Oberbefehlshaber der GUS-Friedenstruppe, General Walerij Patrikejew, rechnet damit, daß die Truppen ein Jahrzehnt in Tadschikistan bleiben müßten, bis sich eine neue tadschikische Streitmacht konsolidiert hat.

Die neuen tadschikischen Streitkräfte werden selbst überwiegend von russischen Offizieren organisiert und geführt. Doch die russischen Streitkräfte verfügen über wenig Mittel und gelten als demoralisiert und korrupt.³ Überhaupt ist ein Militärbündnis keine angemessene Antwort auf die Grenzprobleme, bei denen es gar keinen eindeutigen Gegner gibt, wie Aleksej Arbatow mit Recht betont hat.⁴ Auch das russische Parlament steht der Rolle des russischen Militärs in Tadschikistan mit wachsender Skepsis gegenüber und verlangte im Oktober 1994 von Präsident Boris Jelzin zusätzliche Aufklärung, was hier künftig geschehen solle.

Ganz unmittelbar gaben die Geschehnisse in Tadschikistan von 1992 der zunächst für totgeboren erachteten GUS einen Anstoß, die militärische Kooperation voranzutreiben. (Rußlands Tscheschenien-Abenteuer zu Jahresende hat inzwischen in entgegengesetztem Sinn gewirkt und das Mißtrauen verstärkt.) Tadschikistan selbst ist seit dem 1. Januar 1995 auch Mitglied der Rubelzone. Den übrigen zentralasiatischen Regimen - insbesondere Karimow in Usbekistan - hat der Krieg als Anlaß und Legitimierung für eine verstärkt autoritäre Politik gedient. Tadschikistan schien ihnen zu beweisen, daß der Versuch, Demokratie über eine unvorbereitete traditionelle Gesellschaft zu stülpen, zur Destabilisierung führen muß.

Allerdings muß man doch fragen: wirklich zuviel oder etwa zuwenig Demokratie? Denn faktisch konnten angesichts mangelnder demokratischer Institutionen in Tadschikistan gegebene Machtverhältnisse nur mit Gewalt angefochten werden.⁵ Letztlich wird allein ein föderaler, eher demokratischer Ansatz zusammen mit der Erziehung zu einem neuen, gesamtnationalen bürgerlichen

¹ NZZ, 22.10.1994. Dazu kommen noch 14.000 Mann Grenztruppen (FAZ, 14.10.1994).

² NG, 26.3.1994.

³ M, 6./7.11.1994.

⁴ NG, 24.6.1994.

⁵ Barnett Rubin, in: Central Asian Monitor, 4, 1993, S. 25.

Bewußtsein eine Aussöhnung in diesem zersplitterten Land bringen können. Das wußten die demokratischen Oppositionsparteien in Tadschikistan von vornherein.¹ Aber ein solcher Ansatz wird enorm erschwert durch die dramatische Verknappung vitaler Ressourcen, angefangen beim Land, bei eklatantem Bevölkerungswachstum, was wiederum regionale, ethnische und Gruppenkonflikte anfacht.

Immerhin ist Karimows Sinneswandel symptomatisch. Der autoritäre usbekische Staatschef ist vom Hauptbefürworter einer Intervention zum Verfechter des Ausgleichs und der Demokratisierung geworden, wenigstens im Nachbarland Tadschikistan. Er hat dies mit der Zunahme ethnischer Spannungen begründet: Auch im Hinblick auf Afghanistan - von dem das Schicksal Tadschikistans künftig kaum mehr zu trennen sein wird - soll Karimow inzwischen seine Position neu überdenken.² Denn Mas'ud, im Land gefeiert als "Sieger über die Sowjetunion", war nicht durch das Bündnis der Lokalgewaltigen Hekmatjar und Dostum, angeblich geleitet von Pakistans Geheimdienst ISI im Bund mit usbekischen Beratern, zur Kapitulation zu bringen.³ Karimow soll jetzt doch den Ausgleich mit Afghanistan und den Tadschiken suchen.

Was Tadschikistan selbst betrifft, so ist noch unklar, wie die Zukunft des zerrütteten Landes aussehen wird. Trotzdem gibt es auch Hoffnungen und sogar hochfliegende. In der Region ist die Vision einer Renaissance der "Seidenstraße" aufgekommen, heute in Form einer neuen transeurasischen Straßenverbindung, sowie Pläne neuer Verkehrs- und Handelsbeziehungen unter den Nachbarstaaten der GUS und mit dem Süden, Beziehungen, die das Sowjetregime mit allen Mitteln gekappt und für die Zukunft zu unterbinden versucht hatte. So könnte nicht nur der transkontinentale Güterverkehr im Vergleich mit der Seeroute via Suez erheblich beschleunigt und verbilligt werden, zumal man heute ein neues "Jahrhundert Asiens" prophezeit, sondern auch Tadschikistan wieder zu jener

¹ Die Islamisten wiederum sahen in der supraregionalen, ja supranationalen Orientierung ihrer Religion ihre besondere Stärke. Doch es zeigte sich, daß in Tadschikistan auch der Islam "regionalisiert" worden ist: Kuljab hatte seinen eigenen Imam Khatib, den "roten Mullah" Haida Scharifzoda. Der Chef der "kommunistischen" Volksfront, Sangak Safarow, erklärte, daß er selbst aus einer Familie von Sajjeds, also von Nachfahren des Propheten stamme und somit ein Recht habe zu bestimmen, was das wahre Islamverständnis sei (Eisener, a. a., S. 783)!

² Hatte sich doch Karimow aufgrund seines Bunds mit dem Usbeken Abdul Raschid Dostum, dem Herrn von Masar-e Scharif, der seine Südgrenze ruhig gehalten hat, seit Ende 1993/Anfang 1994 auch indirekt mit dessen neuem Bundesgenossen aus Opportunität, dem fundamentalistischen Ultra Hekmatjar, gegen die traditionalistisch-moderaten Tadschiken Rabbani und Mas'ud liiert - eine geradezu spektakulär paradoxe politische Wende in der Strategie eines Staatschefs, der zunächst so eindringlich vor der Gefahr einer fundamentalistischen Offensive gewarnt hatte.

In der Region meinte man dazu, Karimow habe schlicht ein zynisches Interesse daran, daß die Tadschiken, die potentiell die größte Bedrohung seines Staatswesens darstellen, möglichst dezimiert würden. Der tadschikische Nationalismus hat ja nicht vergessen, daß Samarkand und Buchara, 1926 aufgrund eines problematischen Plebiszits Usbekistan zugeschlagen, einmal tadschikische Kulturzentren waren und erhebt irredentistische Ansprüche. Der berühmte "letzte Tropfen", der in Karimows Augen das "Faß zum Überlaufen" gebracht haben soll, war Rabbanis Besuch in Duschanbe Ende 1993, als Rachmonow das afghanische Staatsoberhaupt überschwänglich den "Vater aller Tadschiken" nannte (Novaja ežednevaja gazeta, 15.1.1994). Das wurde offenbar als symptomatisch für neue groß-tadschikische Visionen verstanden.

Vielleicht zahlte Karimow aber auch nur in Form einer solch unerwarteten Allianz den Preis für den Bund mit Dostum, der sich gegen Rabbani und Mas'ud wandte, weil er diesen übelnahm, ungenügend an der Macht beteiligt worden zu sein und daraufhin wieder einmal die Fronten gewechselt hatte, diesmal hin zu seinem bisherigen Hauptgegner. Jedenfalls zeigte sich erneut, daß in der Region machiavellistische Machtkalküle und ethnische Beziehungen schwerer wiegen als weltanschauliche Motive.

"Drehscheibe" werden, die es historisch einmal gewesen ist: zwischen Asien und Europa, Rußland und dem südasiatischen Subkontinent. Damit könnten sich zugleich Wirtschaft und sozialer Zusammenhalt des Landes selbst konsolidieren.

Hoffnungen auf einen neuen Markt in Zentralasien mit seinen erheblichen Bodenschätzen¹, ja Visionen von einem neuen geopolitischen Zentrum sind erwacht. Um sie zu realisieren, ist Frieden auch in Afghanistan und Tadschikistan nötig.² Andererseits bedrohen Unruheherde in diesen beiden Ländern letztlich die Stabilität der in Wirklichkeit nur allzu labilen Regime der Region. Zusammengenommen sind das so gewichtige gemeinsame Interessen, daß das russische Außenministerium in Zusammenarbeit mit dem Auslandsnachrichtendienst auf regionale Kooperation bei der Konfliktregelung in Tadschikistan setzen konnte, und das nicht ohne allen Erfolg, zumindest auf staatlicher Ebene.³

³ Es war dieser Bund, so behauptet Mas'ud, der unter direkter Beteiligung usbekischer Berater zur "fünften Schlacht" um Kabul seit dem 1.1.1994 geführt hatte. Der pakistanische Geheimdienst ISI wollte in Afghanistan ein Satellitenregime im Interesse der lang erträumten "strategischen Tiefe" etabliert sehen. Deshalb protegierte er von vornherein den zwielichtigen Hekmatjar, einen paschtunischen Stammesbruder, dessen machtpolitischer Zynismus diesen Männern ohnehin geistesverwandter ist als Mas'uds Einstellung, die auf echten Überzeugungen beruht, und im übrigen, so kalkultierten offenbar die ISI-Strategen, war Hekmatjar in Afghanistan unpopulär genug, um auch künftig auf seine auswärtigen Protektoren angewiesen zu sein. Als jedoch ein solches Hekmatjar-ISI-Regime nicht durchsetzbar war, schien ISI bereit, wie manche Beobachter meinten, zusammen mit der afghanischen Hauptstadt den Nukleus eines neuen Staats in Afghanistan einfach physisch zu vernichten (vgl. Michael Barry, Kaboul: La mise à mort, in: *Politique internationale*, été 1994, S. 65-96).

Allerdings scheint sich Hekmatjar längst "emanzipiert" und in erster Linie den eigenen machtpolitischen Interessen gedient zu haben: womöglich der Grund, warum wohl auch der ISI jetzt auf die (einstweilen) leichter manipulierbar wirkenden und vor allem auch effektiveren Taleban gesetzt haben könnte.

Mas'ud, bekannt für exzellente "intelligence", meinte, daß neben usbekischen Beratern nicht zuletzt auch die russischen "Machtministerien" - die seiner Meinung nach weiterhin großen Einfluß in Taschkent haben - hinter der Neujahrsverschwörung von 1994 gestanden hätten. Richtig ist daran zumindest, daß auch starke Kräfte in Rußland der neuen tadschikischen Führung in Kabul zumindest distanziert gegenübergestanden haben. Traditionell pflegte Moskau in Afghanistan auf das Mehrheitsvolk der Paschtunen zu setzen. Sogar der Ultra Hekmatjar, der sich selbst als größter aller Mudschahedin präsentierte, soll seit langem via Ghadafi mit Moskau in Beziehung gestanden haben, und im Grunde hatte er nie wirklich - oder doch nicht in erster Linie - gegen die Macht im Norden gekämpft (sondern vor allem gegen potentielle Rivalen im eigenen Land, allen voran Mas'ud, dem auch der ISI bereits im Krieg gegen die sowjetische Besatzung regelrechte militärische Gefechte geliefert hatte).

Die Tadschikistan-Problematik könnte Moskau noch weiter in dieser latent anti-tadschikischen Haltung bestärkt haben, da erwartet wurde, eine islamische Revolutionsbewegung in diesem Land würde zunächst einmal aus Afghanistan Unterstützung erhalten. Mas'ud behauptete jedenfalls, Dostum habe bei kürzlichen Kämpfen im Norden Radar-Unterstützung durch ehemals sowjetische Kampfflugzeuge von Termes aus erhalten, und das mit Jelzins persönlicher Billigung (Gam'ijat-e eslami-je Afghanistan bachsche Orupa, 10.7.1994).

Doch in Wirklichkeit ist es weniger der vorsichtige und von jeher mit Knappheit seiner Ressourcen ringende Mas'ud gewesen, als vielmehr der dank ISI-Unterstützung (und damit durch CIA- und arabische Mittel) erstarkte Hekmatjar, der in erster Linie - im Bund mit fundamentalistischen Kräften aus Pakistan - in der gesamten Region die Destabilisierung voranzutreiben bestrebt gewesen ist.

¹ Zentralasien gehört u.a. zu den fünf Weltspitzenproduzenten vieler wichtiger Edel- und sonstiger Metalle wie Gold, Aluminium, Kupfer, Blei, Zink, Nickel, Eisen. Dazu kommen Erdgas und Erdöl.

² Dieses Motiv scheint auch die Protektoren der Taleban, die man in Pakistan und Saudi Arabien wähnt, geleitet zu haben: Es war schwerlich ein Zufall, wenn die Bewegung zum ersten Mal ins politische Rampenlicht trat, als sie einem von Premierministerin Benazir Bhutto persönlich gewünschten großen LKW-Konvoi nach Turkmenistan die Straße frei kämpfte.

Exkurs: Die Suche nach einer neuen Präventivpolitik

Der tadschikische Bürgerkrieg ist nicht der einzige innerstaatliche Konflikt von genozidartigen Dimensionen gewesen, seit mit dem Ende des Kalten Kriegs zugleich eine neue Ära der "failing states" angebrochen ist. Damit drängt sich dem Westen und der internationalen Gemeinschaft die Frage auf: Wie soll man künftig auf derartige Geschehnisse reagieren? Der internationalen Staatengemeinschaft mangelt es angesichts von innerstaatlichen Konflikten an einem wirksamen Instrumentarium. Diese Herausforderung ist allein mit den Mitteln der "klassischen" Diplomatie, des internationalen Rechts und der Militärstrategie (alle für die Beziehungen unter Staaten entwickelt) schwerlich zu meistern; ja sie ist im Grunde noch nicht einmal konzeptionell abgeklärt.¹ Inzwischen gibt es immerhin erste Umrisse einer neuartigen Präventivpolitik, die versucht, das Dilemma von Interventionismus² vs. "Abstentionismus"³ zu transzendieren.

Präventivpolitik dreht sich um Früherkennung, Krisenverhinderung, ggf. Krisen-Management und das vor allem mittels Einflußnahme. Es ist bezeichnend, daß sogar in der "Dritten Welt" - wie u.a. das Treffen der ehemaligen "Blockfreien" in Jakarta 1992 zeigte - das peace-making (also ggf. auch die Durchsetzung von Ordnung gegen den Willen einer oder aller Konfliktparteien) nicht mehr nur als westlicher Imperialismus verstanden wird.⁴

Das Krisen-Management des russischen Außenministeriums begann angesichts des tadschikischen Bürgerkriegs gewisse Ansätze einer solchen neuen Präventivpolitik zu zeigen: kooperative Diplomatie unter betonter Einbeziehung der Anrainermächte, Verhandlungen der verfeindeten "Parteien" in Anwesenheit von Repräsentanten der UNO und Beobachtern der Anrainermächte, die Verhandlungspositionen formulieren halfen - und damit die Gegner zur programmatischen Abklärung zwangen -, Entsendung von UNO-Beobachtern an die Grenze, Erklärung der Krisenregion Garm zur "safe zone" (die Forderung der Opposition) usw.

Doch vor allem hat dieser Bürgerkrieg den Preis verdeutlicht, der von der zivilen Bevölkerung zu zahlen ist - und 90 Prozent der Opfer solcher Bürgerkriege sind Zivilisten⁵ - wenn Präventivstrategien fehlen. Läßt man den Dingen ihren Lauf, werden in der Zeit nach dem Kalten Krieg ähnliche Konflikte künftig sogar noch zunehmen, bedingt durch explosives Bevölkerungswachstum

³ Es gibt in der Region aber auch erhebliche, von etablierten Regierungen kaum oder gar nicht kontrollierbare "gesellschaftliche" Kräfte, wie z.B. die einflußreiche fundamentalistische Dschama'at-e eslami Pakistans. Ja, die offiziellen Regierungen selbst verkörpern nicht unbedingt die Macht des Staates. So hat etwa Präsident Rafsandschani im Iran in Gestalt des geistlichen Führers Ajatollah Chamenei ein rivalisierendes Machtzentrum mit seinen eigenen Interessen neben sich.

¹ Gareth Evans, Cooperative Security and Intra-State Conflict, in: Foreign Policy, fall 1994, S. 3.

² Interventionen sind in einer "post-imperialen" Welt kaum aussichtsreich und haben sich in der Praxis zumeist nur zu bald gegen die intervenierende Macht selbst gewandt.

³ Entschlossenes Nicht-Hinsehen-Wollen ist angesichts der Verflechtungen eines sich herausbildenden "global village", angefangen bei der weltweiten Instant-Kommunikation, auch keine wirklich durchhaltbare Alternative, gar nicht zu sprechen von der moralischen Problematik für unsere eigene Ordnung, die sich letztlich an christlich-humanitären bzw. humanistischen Werten orientiert und mit diesen legitimiert. Schreckensbilder im Fernsehen können Regierungen immer wieder unter Zugzwang bringen.

⁴ Analog meinte der tadschikische Außenminister Raschid Alimow: "Man spricht nicht zufällig in Tadschikistan von Präventivdiplomatie. Die Weltgemeinschaft (sic) muß Maßnahmen ergreifen, um die Entwicklung eines Konflikts frühzeitig zu erkennen."

⁵ Stremlau, a.a.O., S. 29.

gerade in den ärmsten Regionen der Welt und dadurch ausgelöste fatale Verknappung vitaler Ressourcen, angefangen beim Wasser und Land. Selbst die Globalisierung der Wirtschaft trägt dazu bei, Rivalitäten machthungriger und egoistischer regionaler Eliten zu schüren, und der heutige Waffenhandel verleiht Bürgerkriegen völlig neue Dimensionen. Erst vor dem Hintergrund solch krisenbedingter Anomie können extremistische Minderheiten wie die islamischen Fundamentalisten eine echte historische Chance haben.

Die Entwicklung neuer Methoden der Früherkennung, Krisenverhinderung oder doch wenigstens der Krisenregulierung bei internen Konflikten - und langfristig die Erarbeitung neuer Strategien der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die die tieferliegenden Ursachen solcher Krisen, wenn sie sie schon nicht beheben können, doch zumindest mildern sollten - dürfte die eigentliche große Herausforderung an eine neue Weltordnungspolitik in der Zeit nach dem Kalten Krieg sein.

¹ Denn gerade Extremisten, die eo ipso den politischen Ausgleich ablehnen, sind im Grunde Pessimisten, die implizite davon ausgehen, daß ihre maximalistischen Ziele normalerweise eben nicht konsensfähig sind, was ihnen rücksichtsloses Vorgehen erleichtert, ja nahelegt.

Abkürzungen

| | |
|---------|---|
| FAZ | Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt |
| FHA | Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland, Bonn |
| FR | Frankfurter Rundschau, Frankfurt |
| IHT | International Herald Tribune, Frankfurt |
| Iz | Izvestija, Moskau |
| Koms pr | Komsomol'skaja pravda, Moskau |
| KStA | Kölner Stadt-Anzeiger, Köln |
| KZ | Krasnaja zvezda, Moskau |
| M | Le Monde, Paris |
| MN | Moskovskie novosti, Moskau |
| MP | Moskovskaja pravda |
| NG | Nezavisimaja gazeta, Moskau |
| NZZ | Neue Zürcher Zeitung, Zürich |
| Pr | Pravda, Moskau |
| RG | Rossijskaja gazeta, Moskau |
| Sp | Der Spiegel, Hamburg |

Astrid von Borcke

The Tajik Civil War: Local Tragedy or Geopolitical Challenge?

Bericht des BIOst Nr. 19/1995

Summary

Introductory Remarks

The civil war in Tajikistan has aroused relatively little attention in the West. After the end of the superpower confrontation such conflicts became, it seemed, mere regional or even local events, at most of humanitarian, but hardly of any geopolitical interest.

However, given an ominous increase in the number and extent of civil wars in the world after the Cold War, the likelihood has to be faced that soon they may endanger the stability of the international economic and political system as well. In the long run, the wealthy and stable "North" will hardly be able to isolate itself from a turbulent "South". These worlds intersect, most obviously in the realm of the former Soviet Union. Tajikistan, although seemingly so remote, therefore deserves at least a minimum of attention.

The sources for this "Bericht" are above all reports of the international and especially the Russian press; besides, materials published in the West were used.

Findings

The Tajik civil war which began in May 1992 - immediately after the Mujahedin took Kabul in April of that year - was presented by the Central Asian heads of state as well as by Russian military leaders as nothing less than part of a global offensive of Islamic fundamentalism, the manifestation of a "geopolitical revolution". While this included a considerable dose of propaganda, it was at least correct, as the military thinks, that in the time after the Cold War new wars are most likely "in the South."

The causes of the Tajik civil war itself - a struggle for power among regional elites - were above all of an internal nature: a profound economic and social crisis. When, at the end of the eighties, the regime of the Leninabad-Khodschand *nomenklatura*, which was averse to more far-reaching political reforms, liberalized linguistic and religious policies as a safety valve for public opinion, all breaks on Tajik nationalism had been removed. With the rise of Rastokhiz - "Awakening", "Resurrection" - a "front" after the pattern of the democratic front movements of the time (and with their aid), in 1989 political opposition began to organize. In October 1990 also the Islamic Renaissance Party was legalized in Tajikistan: the only state in the realm of the former Soviet Union where this was the case. This party developed a striking mobilization potential.

Since the fall of 1991 the political situation became increasingly tense. The intrigues of Rakhmon Nabiyev, former party chief and, since November 1991, president - he deliberately made use of client relationships and private militias in order to safeguard his personal power - played a crucial part in starting the civil war. It began in the spring of 1992, when Nabiyev, under pressure by permanent demonstrations in Dushanbe, proclaimed a Popular Front and had weapons distributed to his supporters.

Thanks to the religious leader of the Tajik Moslems, the circumspect Hadji Akbar Turajonzoda, as well as the Russian military leadership, at first a compromise with the democratic-Islamic opposition was negotiated: a coalition government, in which crucial ministries went to the opposition. Nabiyev was permitted to retain his office, with a view to maintaining the unity of the country. He was the man sponsored by the powerful *nomenklatura* of Kodzhand, its clients in Kulyab and a majority of the Uzbek population (about a fifth of the electorate). Secession of the northern city would have meant losing about 40 per cent of the country's population and 70 per cent of its industrial output.

Already by the summer of 1992 fighting began in the southern part of the country. Contrary to the agreement of May, 1992, the Kulyabi militia under Sangak Safarov - a representative of the "elite" of the GULAG and local criminal world - had not laid down its arms. The opposition took up arms as well. Nabiyev and the forces behind him had never become reconciled to the coalition regime and any sharing of power.

In September the Russian 201st Division pacified Kurgan-Tyube, a bastion of the opposition. In November, during the session of the Supreme Soviet in Khodzhand meant to initiate national reconciliation, Emomali Rakhmonov, a field commander of the first hour and close confidant of Sangak Safarov, was elected head of state. (The office of chairman of the Supreme Soviet replaced that of president, introduced in November 1991.)

However, fighting continued. In December, the Popular Front, supported by Uzbek forces, took over Dushanbe. Mass repressions followed, apparently to a large extent initiated "from below." At the end of the year a stream of about 100.000 refugees crossed the border to Afghanistan. Estimates of the number of civil war victims have varied from 20.000 (the "official" number) up to half a million dead (according to humanitarian relief workers). About one fifth of the total population of 5.6 million people became refugees.

In Afghanistan the Mujahedin began to recruit the men capable of fighting for partisan warfare. Since March 1993 incidents at the Afghan-Tajik border were reported. The most spectacular one took place on 13 July 1993. It brought Russia to the threshold of a new Afghan war. However, the Russian Foreign Ministry soon put pressure on Dushanbe to seek an accommodation with the opposition.

After arduous negotiations in Teheran and Islamabad, a limited truce was finally signed in Islamabad on 21 October 1994. However, the Russian military and border guards who take a skeptical view of the Foreign Ministry's diplomacy, again and again claimed that the armistice agreement was being violated by the opposition. However, in reality it seems there took place at least a relative stabilization of the border, even if some Russian soldiers lost their lives. UN observers did by no means confirm all the far-reaching accusations of the Russian military.

The election of Emomali Rakhmonov for president in November 1994 meant a certain consolidation: The country received at least a more or less "democratically" legitimized government recognized internally and abroad. However, none of the fundamental problems that had caused the civil war were solved.

The Tajik civil war was a turning point for all the states affected. It contributed decisively to making the Russian elites rethink their geopolitical role. Whilst the Foreign Ministry has been bent on avoiding that Russia becomes the gendarme of Tajikistan - apprehension of a growing military influence upon Russian internal policies was a decisive factor in its calculations -, the military leadership under Pavel Grachev has followed a course that would make the republic its *de facto* protectorate. This in turn has caused considerable apprehensions in the Russian Parliament.

For the presidents of the Central Asian republics, above all for Islam Karimov, - Uzbekistan felt most immediately threatened - the civil war became the occasion and legitimation for increasingly authoritarian internal policies. Their argument: the Central Asian societies allegedly weren't ripe yet for democracy. However, a case could be made that it had been precisely the lack of democratic mechanisms of conflict resolution that, given an acute failure of political leadership, caused the civil war in Tajikistan in the first place.

The events in Tajikistan impelled the seemingly stillborn CIS to increase cooperation, especially in the military domain.

The future of Tajikistan itself still seems difficult to predict. Rakhmonov, leaning on Russian support and his own security structures, may consolidate his hold on power or he may turn out to be a mere transition figure. All the basic problems of the country have remained unresolved, indeed, have even been exacerbated by the civil war: regionalism, ethnic tensions, catastrophic decline of the economy and, by the end of 1994, even the danger of hunger revolts. The fighting caused further problems, such as vast quantities of weapons in the country, armed bands, ominous criminality, lack of governability, indeed anarchy.

Nevertheless there are hopes in Tajikistan and these are even high-flying: Thus in the region there are dreams of a kind of renaissance of the historic "Silk Road" in the shape of a new transcontinental road system (as well as developing traffic among the Central Asian republics themselves and with the South) which would give Tajikistan the prospect of again becoming the "turntable" of the region, between Asia and Europa, Russia and the South Asian subcontinent. In the process the republic could consolidate itself as well.

For the West, and the international community at large, civil wars of this kind pose the question: How is one to react to such events in the future? The international community lacks effective instruments, indeed it lacks even concepts. Neither interventionism nor abstentionism by themselves seem to be promising reactions. What remains are the beginnings of a new kind of preventive policy: cooperative diplomacy with a view to exerting constructive influence, peace-keeping and, if need be, even peace-making. By now, this is being increasingly demanded even in the "Third World."

The Russian Foreign Ministry has been trying certain approaches of such a preventive diplomacy : including the regional powers in crisis management, negotiations under the aegis of the UN, UN

observers on the Afghan-Tajik border, declaring the crisis region of Garm a "safe zone." This has been to some extent a success. At least a "second Afghanistan" - feared by many, including General Boris Gromov, the last commander of the Soviet forces in Afghanistan - has not materialized in Tajikistan, up to now.

Above all, however, the civil war in Tajikistan - a human tragedy that may have even surpassed contemporary events in Bosnia - demonstrated what will happen if preventive strategies are not used in time. If one lets events take their course, it is highly likely that in the world after the Cold War conflicts like this one will even increase. Extremistic minorities like the Islamic fundamentalists have a historical chance only against a backdrop of deep crisis and anomie.

Developing new methods of early warning of such internal crises, their prevention or at least management, may be the really great challenge facing a new policy of world order in the time after the Cold War.